

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch-land, Danzig, Saar- u. Heimgebiet, Österreich, Litauen, Litzburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Jugendwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Debattieren: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 26. März 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkseckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distanz-Gesellschaft, Treppenstraße Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Reklameweile 0,70 Goldmark, Reklameweile 1,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (ausfallslos am fertigen Wort). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenaufträge das erste Wort 0,10 Goldmark jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten keine 0,30 Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar gleich durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Trauerfeier für Tuszar.

„Freundschaftliche Beziehungen beider Staaten“.

Die Trauerfeier für den Gesandten der tschechoslowakischen Republik, Gen. Tuszar, die gestern nachmittag im Hause der Gesandtschaft in der Regentenstraße stattfand, gestaltete sich nicht nur zu einer würdigen Ehrung des Frühverstorbenen, sondern auch, durch die Rede des Vertreters der tschechoslowakischen Regierung, des Ministers Dr. Girsa, zu einem bemerkenswerten politischen Ereignis.

Die schwarz ausgeschlagene Räume des Gesandtenhauses waren von einer stattlichen Trauerverammlung überfüllt. Für den Reichspräsidenten war Staatssekretär Dr. Reifner erschienen, persönlich anwesend waren Reichsminister Dr. Marx, Reichsminister Dr. Stresemann, Ministerpräsident Otto Braun und zahlreiche andere deutsche Regierungsvertreter, viele Reichstagsabgeordnete, vorwiegend Sozialdemokraten, die gesamte Berliner Diplomatie, Vertretungen tschechoslowakischer Vereine usw. Aus Prag waren mit den Ministern Dr. Markovic und Dr. Girsa die Genossen Stöckl, Dr. Soukup, Hampel u. a. erschienen.

Harmonium- und Chorklänge leiteten die Feier ein. Dann nahm als einziger Redner Minister Dr. Girsa das Wort. Er begann in tschechischer Sprache:

Vor drei Jahren betraute der Präsident der Tschechoslowakischen Republik Thomas Masaryk den Gesandten Kamil Tuszar mit der ebenso wichtigen, wie ehrenvollen Aufgabe, ihn bei der Regierung des Deutschen Reiches zu vertreten. — Heute entsand den Präsidenten Masaryk, die Regierung der Tschechoslowakischen Republik und der Minister des Reiches Dr. Eduard Benesch eine besondere Mission, den Reichsnamen des Gesandten Tuszar, der so unerwartet und so vorzeitig seine verdienstvolle Wirksamkeit abbrechen mußte, zu übernehmen und in die Heimat zu geleiten. — Das Lebenswerk und die fruchtbarste Arbeit des Gesandten Tuszar werden in Prag aus bereuener Munde gewürdigt werden, mir sei nur erlaubt, an diesem Ort, wo der Gesandte Tuszar sein Werk beendet hat, die tiefe Ueberzeugung auszusprechen, was für

ein Glück es für die ganze tschechoslowakische Nation war, daß Männer vom Schlage Tuszars ihre staatliche Selbstständigkeit vorbereitet haben, daß in den schweren Anfängen, als das Staatsleben der Tschechoslowakischen Republik geschaffen wurde, der verstorbene Gesandte Tuszar Führer eines großen Teiles der Nation war, der mit seinem weiten Weltbild, seiner politischen Erfahrung, seinem durch und durch staatschöpferischen Geiste und zarten Empfinden für die soziale Gerechtigkeit eine der Grundfesten geworden ist, auf denen der neue tschechoslowakische Staat errichtet wurde, daß er in äußerst schwierigen Zeiten zweimal als Vorkämpfer der Regierung weise, gewissenhaft und ehrenvoll die Geschicke der Tschechoslowakischen Republik lenkte. Weisheit, Gewissenhaftigkeit und Ehrenhaftigkeit, das sind die Grundzüge des Charakters Tuszars, das sind die Eigenschaften, um deren willen ihm auch die letzte Aufgabe anvertraut

wurde. Es gereicht mir zur besonderen Ehre und zur aufrichtigen Freude, daß ich in der Hauptstadt des Deutschen Reiches feststellen kann, daß der Gesandte Tuszar die Aufgabe, mit der ihn der Präsident der Tschechoslowakischen Republik betraut hat, glänzend erfüllt und daß sie segensreiche Früchte getragen hat. Die umfassende politische Erfahrung, das zarte Empfinden und der vorbildliche Takt ermöglichten dem Gesandten Tuszar die richtige Erfassung und genaue Realisierung der Staatskonzeption des Präsidenten Masaryk und der internationalen Politik des Ministers Benesch. Die Arbeit des Gesandten Tuszar, die auf diesem Fundament errichtet war, trug erfreuliche Früchte.

Die Festigung der Freundschaft der zwei Nachbarstaaten.

das Anknüpfen sehr lebhafter politischer, ökonomischer und kultureller Beziehungen zweier benachbarter Nationen, und ihm selbst eine Menge aufrichtiger Freunde und das köstliche Bemühen, mit vollkommenem Erfolg die ihm anvertraute Aufgabe erfüllt zu haben. Wir überbringen dem Gesandten Tuszar den Ausdruck des Schmerzes und der Trauer seiner Heimat über sein vorzeitiges Hinscheiden, wir überbringen den Dank des Präsidenten der Republik für sein ganzes Lebenswerk, wir überbringen den Dank der Tschechoslowakischen Republik für sein Wirken am Aufbau des Staates, ich überbringe den herzlichsten Dank des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Dr. Benesch für seine aufrichtige Freundschaft, für sein unschätzbares Verständnis und seine opferungsvolle Mitarbeit.

Der Minister fuhr in deutscher Sprache fort:

Es gereicht uns zur besonderen Ehre, daß wir ermächtigt sind, namens des Präsidenten der Republik, namens der tschechoslowakischen Regierung und namens des Ministers Dr. Benesch dem Herrn Präsidenten des Deutschen Reiches, der deutschen Regierung und dem Herrn Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten den tiefsten Dank für ihre seltene Bereitwilligkeit, ihr Verständnis und ihre Hilfe auszusprechen, die sie dem verstorbenen Gesandten bei der Ausübung seiner Mission erwiesen und dadurch zur Festigung und zum Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten beigetragen haben.

Der Redner schloß in französischer Sprache mit Worten des Dankes an das diplomatische Korps.

Wieder erklangen Harmonium und Chor. Dann wurde der Sarg durch ein Scharier von Kränzen hinweggetragen, um nach Prag übergeführt zu werden, wo am Sonnabend das feierliche Staatsbegräbnis erfolgen soll.

Durch die Rede des Ministers Dr. Girsa hat sich die tschechoslowakische Regierung zu den Grundgedanken bekannt, für die der Vertorbene mit resloser Hingabe seiner Persönlichkeit gewirkt hatte. Die zweimalige Betonung der Freundschaft zwischen den beiden Nachbarstaaten erscheint, besonders nach den Ereignissen der letzten Zeit, als ein politischer Akt von bedeutender Tragweite, zugleich aber auch als die beste Huldigung für den Mann und sein Werk.

Das große Absägen.

Neues vom kommunistischen Kriegsschauplatz.

Es ist ein eigentümliches Ding um die kommunistische Partei. Sie kommt und kommt nicht zur Ruhe. Die „Rote Fahne“ schreibt zwar in ihrer Einleitung zu dem Bericht über den Berliner Bezirksparteitag Lobeshymnen auf die „Einmütigkeit und Geschlossenheit der Berliner Organisation“, in der die ganz Linken, die „alten Linken“, jetzt das Heft in der Hand haben. Aber die Einmütigkeit solch kommunistischer Parteitage hat ihren Haken. Das politische Referat Ruth Fischers ist eine ununterbrochene Abrechnung mit dem Feinde und der Feindin, wie immer bei den Kommunisten, der Feind in den eigenen Reihen. Man sucht vergeblich nach einem Wort, nach einer Zeile, in der die neue linke kommunistische Führung, die demnächst auf dem Reichsparteitag der KPD die Führung der kommunistischen Gesamtpartei zu übernehmen hofft, auch nur andeutungsweise sagte, was sie nun eigentlich will, wie sie im Reichstag und an anderer Stelle Arbeiterinteressen zu vertreten und Arbeiterpolitik zu machen beabsichtigt. Dafür braucht man bei den Kommunisten linker Obervanz offenbar überhaupt keine Anweisung und keine Unterfuchung. Mit den zwei Worten „kommunistisch“ und „revolutionär“ erschöpft sich das ganze Register politischer Einsicht bei den neuen Führern des Proletariats, die von sich selber in nicht zu überbietendem Hochmut gegenüber den Arbeitermassen erklären:

„Man stelle sich die Einheitsfront immer nach dem bekannten Bild vor. KPD-Arbeiter mit der Fahne, SPD-Arbeiter mit der Fahne, beide in gleicher Front. Aber so ist es noch nie gewesen. Die KPD einen Schritt voraus und die Massen erst dahinter. So steht die Wirklichkeit aus.“

So malt sich vielmehr die Wirklichkeit in den Köpfen der neuen kommunistischen Führer, die mit bewundernswerter Rücksichtslosigkeit zunächst einmal in eigenen Lager austräumen und ohne Gnade alle, aber auch alle beseitigen, die auch nur im geringsten verdächtig sind, irgendeiner Nuance einer der zahllosen Thesen, die Ruth Fischer in den letzten Jahren fabriziert hat, zu widersprechen. Nicht nur die „Rechten“ werden ausgeschliffen, sondern auch dem Sumppverteiler der Mitte, Koenen, wird deutlich der Stuhl vor die Tür gesetzt. Die hohe Exekutive, der selbstverständlich eine unbedingte Alleinherrschaft des hyperdiktatorischen Flügels nicht angenehm sein kann, wird nicht gerade davon erdaut sein, wenn der Berliner Bezirkstag ihr zu verischen gibt, daß er jeden Einfluß des Sinowjewischen jungen Mannes Wilhelm Koenen in der Zentrale der kommunistischen Partei unbedingt ausgeschaltet wissen will.

Das mögen Sorgen sein, die die Kommunisten unter sich austragen könnten. Solange die Haarspaltereien in ihren Reihen sich nicht in praktische Taten umsetzen, haben sie ja für die breiteren Arbeitermassen verhältnismäßig wenig Interesse. Aber der neue Kurs in der KPD, muß und wird sich nach außen hin auswirken. Nach den Versprechungen, mit denen die Linken die Parteiführung in fanatischem Kampfe gegen ihre eigenen Parteigenossen erobert haben, ist das unvermeidlich. Um so interessanter ist es zu sehen, wie diese Leute, die jetzt die Führung über einige hunderttausend deutsche Arbeiter und die vielen, die mit den Kommunisten sympathisieren, übernommen haben, sich Arbeiterpolitik denken. Da sie über die Zukunft und Gegenwart nichts zu sagen wissen, kann man es nur aus ihrer ägenden Kritik der Vergangenheit entnehmen. Es versteht sich am Rande, daß die Deutschen meinen, im Oktober vergangenen Jahres sei der große Moment gekommen gewesen, wo die KPD, das rote Banner der Räterepublik in Deutschland hätte aufspannen können und müssen. Sie sind vorsichtig genug, zu gestehen, daß das heute schon ein wenig schwieriger ist. Wenn im Oktober nichts daraus wurde, dann lag das selbstverständlich — nur an den Führern.

Heute, meinen die Linken, muß man von vorne beginnen, muß man von vorne anfangen, den Massen etwas von Rätediktatur und von Sowjetparadies zu erzählen. Daß die Arbeiterbewegung auch ohne ihre Erzählungen wieder einen Aufschwung nimmt, entgeht zwar diesen Strategen kommunistischen Klassenkampfes, die immer „einen Schritt voran“ zum Putz marschieren, keineswegs, aber der historische gegebene und bedingte Klassenkampf der Arbeiterbewegung hat die fatale Eigenschaft, daß er sich nicht nach kommunistischen Rezepten richtet. Deswegen ist er für die Anhänger der „revolutionären Gymnastik“ auch überhaupt kein richtiger Klassenkampf. Wenn nicht mindestens geschossen wird, dann ist die Sache nicht wert, in die Annalen kommunistischer Heldentaten eingetragen zu werden. Das tägliche unaufhörliche angespannte Ringen, das die Arbeiterorganisationen groß und die Arbeiterbewegung zu einem politischen Machtfaktor ersten Ranges gemacht hat, ist für die linken Kommunisten eigentlich reformistisches Tuschelwerk. Geradezu klassisch kommt das zum Ausdruck in der Polemik mit dem „sozialdemokratischen Zellenmann“ Brandler:

Macdonald und das Rheinland.

London, 25. März. (WTB.) Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ bezeichnet die gestrige Unterredung zwischen Macdonald und Graf St. Austaire als den Beginn einer aktiven Phase der französisch-britischen Diplomatie unter einer neuen britischen Regierung. Bei der Unterredung, in der hauptsächlich St. Austaire das Wort geführt habe, seien die Fragen der Pfalz, der Kölner Bahnen, der Ruhr, der Sachverständigenausschüsse und der Sicherheit Frankreichs erörtert worden. Auf beiden Seiten sei Befriedigung über den Erfolg der Behandlung des Problems der Pfalz und der Kölner Bahnen ausgedrückt worden. Der französische Botschafter und französische Kreise in London seien zusehends zufriedener als vor einer Woche, daß die Sachverständigen ein Uebereinkommen erzielen werden. Bei der gestrigen Unterredung habe

Macdonald angedeutet, daß jetzt ein neuer Faktor in die Erörterung eintrete.

Graf St. Austaire habe ziemlich klar zum Ausdruck gebracht, daß das Problem der Sicherheit Frankreichs nur gelöst werden könne durch den Abschluß eines dauernden englisch-französischen Verteidigungsvertrages. Macdonald habe angedeutet, daß der britische Plan vollkommen anderer Art sei und daß der Weg der Sicherheit durch den Völkerbund führe, möglicherweise vermittelt eines gegenseitigen Garantiepactes, vielleicht aber auch durch einen besonderen Plan der Entmilitarisierung und Neutralisierung des Rheinlandes unter der Völkerbundgarantie. Der neue Faktor in der Lage sei jedoch die Haltung Berlins. Von deutscher Seite sei betont worden, daß keine deutsche Regierung je irgendeine Vereinbarung über das Rheinland annehmen werde, die über die Bestimmung des Versailles Vertrages hinausgehe. Auch werde Deutschland dem Völkerbund nur unter der Bedingung beitreten, daß ihm ein dauernder Sitz im Völkerbundrat im voraus verbürgt werde. Das deutsche Element in diesem Problem sei der neue Faktor, der durch Macdonald gegenüber Paris betont werde.

Die Zulassung zum Völkerbund.

Paris, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Der gute Eindruck, den die Reden des Reichsministers und des deutschen Außenministers vom letzten Sonntag in den politischen Kreisen Frankreichs gemacht haben, wird am Dienstag auch im sozialistischen „Populaire“ bestätigt. Der wichtigste Einwand der französischen Regierung gegen die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, sagt das Blatt, sei bisher der Hinweis auf die Aufsehnung Deutschlands gegen den Vertrag von Versailles gewesen. Dieser Einwand werde durch die Reden der beiden zuständigen deutschen Staatsmänner auf das glänzendste widerlegt. Beide hätten unumwunden erklärt, daß die deutsche Regierung den Boden des Vertrages nicht zu verlassen gedente. Mehr könne man wirklich nicht verlangen. Schon im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in Deutschland sei nunmehr der Zeitpunkt gekommen, die Frage der Zulassung Deutschlands in den Völkerbund energischer als bisher in den Vordergrund zu schieben. Wenn die Allierten wirklich einigen Einfluß auf den Ausfall der Reichstagswahlen zu gewinnen und die gemäßigten Parteien in der Abwendung der nationalistischen Gefahr zu unterstützen wünschten, so könnten sie dieses Ziel nur durch eine Politik der Verständigung und des Vertrauens denjenigen Kreisen in Deutschland gegenüber erreichen, die zur Erfüllung des Vertrages entschlossen seien und die Befreiung Deutschlands nicht durch bewaffnete Revolution, sondern durch friedliche Verhandlungen anstrebten.

Am 1. April Sachverständigenbericht.

Paris, 25. März. (WTB.) Zu der Frage, wann der Bericht der Sachverständigen endgültig der Reparationskommission überreicht werden wird, berichtet die Agence Havas, aus einer von ihr in autorisierten Kreisen vorgenommenen Untersuchung ergebe sich, daß die Sachverständigen sehr wahrscheinlich ihre Arbeiten am Sonnabend, den 29. März, beenden haben werden. Sie würden jedoch zu einer letzten Ueberarbeitung des Textes schreiben müssen. Unter diesen Umständen werde die Reparationskommission nicht vor Dienstag, den 1. April offiziell mit dem Dokument befaßt werden können. Dieses werde ohne Zweifel schon am Tage nach der Ueberreichung der Dossierschleife übergeben werden.



„Beim Buchdruckerstreik im November wollten wir die Freigabe der „Roten Fahne“ durchsetzen. Es sollte also verbunden werden: Unterstützung der wirtschaftlichen Ziele und die Freigabe der „Roten Fahne“. Dazu sagte Brandler: „Wir zerschlagen damit die wirtschaftliche Agitation der Buchdrucker. Man darf keine andere Frage dazwischen bringen.“ Hätten wir Generalkstreik verlangt, so wären wir Herren gewesen, aber diese politische Forderung konnte man in diesem Wirtschaftskampf tragen.“

Das Beispiel ist typisch. Hätten die Kommunisten durch wirkliche Solidarität und gewerkschaftliche Disziplin mit dazu beigetragen, den Buchdruckern zu einem wirtschaftlichen Erfolg zu verhelfen, Ruth Fischer und die Ihrigen hätten wahrscheinlich nicht schlafen können vor Kummer darüber, daß sie einen ganz gewöhnlichen reformistischen Schwindel mitgemacht hätten. Es muß eben unbedingt die kommunistische Parole dabei sein, sonst macht die Sache keinen Spaß. Mit der Parole desorganisiert man dann feste darauf los und freut sich um so mehr, wenn man den dann unvermeidlichen Mißerfolg den verhassten Reformisten an die Rockschöße hängen kann.

Brandler und der abgefallene rechte Flügel halten offenbar noch gewisse Gedankeneverbindungen und Hemmungen aus ihrer gewerkschaftlichen Vergangenheit. Deswegen wurde auch, wie Ruth Fischer bißig feststellt, „die Betriebsrätebewegung systematisch sabotiert“ und die neue Zentrale wird die „Sabotage der Betriebsrätebewegung“ aufgeben und mit vollen Segeln auf die Spaltung der Gewerkschaften lossteuern. Man zielt sich noch ein wenig, aber man betont selber, daß man die Taktik in den Gewerkschaften ändern muß. Am Ende steht der Ruf nach Sammlung aller unorganisierten, überhaupt aller unzufriedenen Massen, die vom Parolengeschrei der Kommunisten sich etwas versprechen, unter ausgesprochen kommunistischer Führung in eigenen Organisationen zu eigenen Aktionen. Kehrt auch der Oktober 1923 für die neue linke Führung nicht alle Tage wieder, zu Aktionen in ihrem Stil wird sie bald genug Veranlassung finden.

Vom Parteinteresse aus hat die Sozialdemokratie keine Veranlassung, diese Entwicklung zu bedauern. Eine linksgeführte SPD. wird ihr zu allererst gefährlich werden. Das werden die Novembersozialisten um Ruth Fischer bald genug spüren. Mit diesen Methoden kann die SPD. nur zersplittert werden, aber ihre Zersplitterung in Buischaktionen und stinklos propagierten Kämpfen wird auf Kosten der kommunistischen Arbeiter gehen. Die Sozialdemokratie wird die Krümmen auftragen müssen, denn es müßte schlecht um uns bestellt sein, wenn nach dem letzten Experiment, das die Kommunisten mit ihrer neuen Führung noch machen können, zahllose den Weg nicht zu der Bewegung zurückfinden, die ohne das Wort Klassenkampf dauernd im Munde zu führen, doch die wirklichen Kämpfe der Arbeiterschaft führt.

### Der Spaltplatz in der Volkspartei.

Die „Zeit“ fährt fort, über die Bemühungen der „Nationalliberalen Vereinigung“ interessante Mitteilungen zu machen. Nach ihrer Darstellung ist zu heute morgen erneut zu einer Zusammenkunft im Reichstag eingeladen, und zwar sollen die Einladungen zu der heutigen Sitzung weit über den Personenkreis hinausgehen, der am 12. März zum erstenmal im Hotel Esplanade als „Klub der Generaldirektoren“ zusammenkam. Sie veröffentlicht auch eine Art Verberheralbum mit den Namen der nach Angabe der Geschäftsstelle der „Nationalliberalen Vereinigung“ an der neuen Gründung beteiligten Herrschaften. Nun haben zwar viele dieser Herren erklärt, daß sie eine Beteiligung ablehnen. In solcher Situation gibt es aber erfahrungsgemäß immer Leute, die zunächst einmal abwarten wollen und sich nicht gerne engagieren, ehe man nicht den Ausgang klar übersehen kann. So ist auch wohl die Keuzerung des rühmlich bekannten Cuno-Ministers Dr. Becker, des Kruppischen Generaldirektors Dr. Sorge und anderer prominenter Industriekapitäne zu ver-

sehen. Die Volkspartei wird auf jeden Fall unmittelbar vor den Wahlen durch diese Dinge organisatorisch und politisch schwer belastet. In Hannover muß es unzweifelhaft zu scharfen Auseinandersetzungen kommen. Die „Zeit“ erklärt bereits: „Der Zusammenbruch einer bestimmten Richtung in einer Sonderorganisation wäre der Anfang vom Ende der Partei, die sich mit der Duldung solcher Zustände selbst aufgeben und zum Kindergepiß machen würde. Darüber wird und muß in Hannover vollkommene Klarheit geschaffen werden.“ Solches „Klarheitskloffen“ ist meistens eine etwas schmerzliche Operation, und unmittelbar vor den Wahlen pflegt sie dem Patienten nie sehr gut zu bekommen. Allerdings, die Volkspartei wird jetzt, nachdem die Dinge einmal so weit gediehen sind, nicht mehr zurück können.

### Weniger Volksschulen!

#### Allgemeiner Abbau aus Ersparnisgründen.

Einem in der nächsten Ausgabe des Zentralblattes für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen zur Veröffentlichung gelangenden Erlasse des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 1. März 1924 entnimmt der „Amthofische Preussische Pressedienst“ folgende Einzelheiten:

In Abänderung aller entgegenstehenden Bestimmungen werden die Schulaufsichtsbehörden zunächst ermächtigt: Beschlüsse von Schulverbänden über Einziehung von Schulstellen zu genehmigen, wenn die auf eine Schulstelle entfallende Durchschnittszahl von Schülern in dem einzelnen Schulverbande und die auf eine Grundschulklasse entfallende tatsächliche Schülerzahl nach Einziehung der Stelle nicht mehr als 50 beträgt. Dabei sind technische und nur nebenamtlich beschäftigte Lehrkräfte nicht mitzuzählen.

Bei einklassigen Schulen, d. h. Schulen mit einer Lehrkraft, wird in der Regel eine Einziehung der Stelle nicht möglich sein. Indessen ist auch hier zu prüfen, ob nicht eine Ersparrung von Lehrkräften durch Aufhebung schwachbesuchter Schulen und andere Einziehung der Schulkinder erzielt werden kann. Zur Genehmigung der Einziehung einer solchen Stelle ist vorher die Zustimmung des Kultusministers einzuholen.

Vor Erteilung der Genehmigung zur Einziehung von Schulstellen muß festgestellt werden:

- a) daß die eintretende Erhöhung der Klassenbesetzungsziffer noch den räumlichen Verhältnissen und den auf die Gesundheit der Kinder zu nehmenden notwendigen Rücksichten entspricht, daß also insbesondere die Klassenräume für die höhere Schülerzahl ausreichen;
- b) daß die Bestimmungen über die konfessionellen Verhältnisse der Schule durch die Einziehung von Schulstellen nicht verletzt und die Rechte der Minderheiten nicht geschmälert werden;
- c) daß das Verhältnis von Lehrer- und Lehrerinnenstellen nicht entgegen den darüber bestehenden Vorschriften verschoben wird.

Es ist ferner zu prüfen, a) ob auch nach Einziehung von Schulstellen der Unterricht in den technischen Fächern angemessen weitererteilt werden kann; e) ob es etwa notwendig ist, größere Schulsysteme durch die Einziehung von Schulstellen in ihrer Gliederung einzuschränken. Wenn durch die Einziehung von Schulstellen zugleich die Aufhebung ganzer Schulen eintreten muß, ist vorher die ministerielle Genehmigung einzuholen.

Das regelmäßige Arbeitsmaß der Lehrer und Lehrerinnen an mehrklassigen Schulen ist derart zu erhöhen, daß die Unterrichtszeit für die Lehrer und Lehrerinnen voll ausgenutzt wird, soweit ihre Leistungsfähigkeit es zuläßt. Das würde für Lehrer eine regelmäßige wöchentliche Stundenzahl bis 30, für Lehrerinnen bis 28 Stunden bedeuten. Die Stundenpläne sind sofort für das neue Schuljahr unter Zugrundelegung des erhöhten Arbeitsmaßes anzuarbeiten.

Durch die Einziehung von Schulstellen wird eine erhebliche Zahl von Lehrkräften entbehrlich.

Die Ausschcheidung kann erfolgen:

- a) entweder durch Versetzung in einen anderen Schulverband,
- b) durch Versetzung in den Ruhestand, wo es sich um dienstunfähige Lehrkräfte handelt,
- c) durch Versetzung in den einseitigen Ruhestand und

„A durch Entlassung nach nicht endgültig angelegter Beurlaubung.“

Bei der Auswahl gelten die in der Personalabbauregung vom 8. Februar 1924 enthaltenen Grundsätze. Indessen muß dabei verhindert werden, daß nicht etwa in der Hauptsache der Bekehrung nachwuchs aus dem Schuldienst ausscheidet. Es ist vielmehr für die Sorge zu tragen, daß ein annehmlicher Nachwuchs an Lehrkräften vorhanden bleibt und die Möglichkeit behält, sich ordnungsgemäß auszubilden.

In den zweisprachigen Bezirken müssen die erforderlichen Sprachkenntnisse gebührend beachtet werden.

Wenn die Vermittlung der Schulstellen in einzelnen Schulverbänden für die Zukunft ist als in anderen, so wird gegebenenfalls durch Versetzung ein Ausgleich zu schaffen sein.

Das Verfahren bei der Auswahl der Lehrkräfte

bleibt der Regelung der Regierung überlassen. Es bleibt ihr auch überlassen, ob sie schon aus eigener Personalkennntnis Lehrer als weniger geeignet und für das Ausschneiden in erster Linie in Frage stehend auswählt, oder ob sie zunächst ganz allgemeine Vorschläge von den Kreisverwaltungen einfordert. Bei Schulverbänden mit mehr als 25 Schulstellen wird den Schuldeputationen und, wo Schuldeputationen nicht bestehen, den Schulvorständen binnen einer von

#### der Schulaufsichtsbehörde

zu legenden Frist zu gestatten sein, ihrerseits begründete Vorschläge über die für ein Ausschneiden in Betracht kommenden Lehrkräfte einzureichen.

### Dantons Tod.

#### Ein Stuttgarter Theaterandal vor Gericht.

Wie man weiß, ist die Erstaufführung von Georg Büchners genialstem Jugendwerk „Dantons Tod“ im württembergischen Landestheater in Stuttgart seinerzeit vom Spielplan des Landestheaters „vorläufig abgesetzt“ worden, weil nationalsozialistische Störenfriede bei dem vom Dichter vorgeschriebenen Gesang der Marschälle am Schluß der Nationalkonventionen einen Theaterandal zu entfesseln versuchten, und weil ein bekannter Stuttgarter Literat, Dr. Georg Schmückle, an das württembergische Kultusministerium einen Brief geschrieben hatte, in dem es hieß, dem Beamten, der für die Aufführung von „Dantons Tod“ zuständig sei, gehe jedes Gefühl für nationale Ehre ab. Schmückle hatte sich nun dieser Tage vor der zweiten Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts wegen Beleidigung des Intendanten des Landestheaters, Rehm, des Oberspielleiters Dr. Wolfgang Hoffmann-Harnisch und des Ministerialrats Frey vom Kultusministerium zu verantworten. Der Angeklagte erklärte bei seiner Vernehmung, er habe mit jenem Brief nicht den Beamten des Kultusministeriums, sondern die Verantwortlichen des Theaters treffen wollen. Es sei eine „nationale Würdelosigkeit“ gewesen, daß man im Landestheater am Tag nach der Reichsgründungsfeier „Dantons Tod“ mit der Marschälle gespielt habe. Intendant Rehm und Oberspielleiter Dr. Hoffmann-Harnisch nahmen den durchaus richtigen Standpunkt ein, daß die Marschälle als lechter markanter Ausdruck der Explosivkraft der Nationalkonventionen künstlerisch unbedingt notwendig gewesen sei. Von besonderem Interesse war die Mitteilung Rehms, daß noch im alten Königlich Württemberg, im Jahre 1918, am Tag vor der Königsgeburtstagsfeier im Landestheater die polnische Oper „Tros und Pfoge“ gegeben worden sei, in der die Marschälle gesungen und die Tricolore entfaltet wurde, ohne daß dies irgendwie beanstandet worden wäre. Während Staatsanwalt Cuhorst eine Geldstrafe von 150 M. gegen Schmückle beantragt hatte, kam das Gericht zu einem Freispruch unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse. In der Urteilsbegründung führte es aus, der Angeklagte habe niemand persönlich beleidigt, sondern einen offensiblen Mißstand abstellen wollen, und dazu habe es für ihn keinen anderen Weg als den des Briefes an das Kultusministerium gegeben.

Heer Schmückle darf also den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die Absetzung von „Dantons Tod“ vom Spielplan des Landestheaters erreicht und für seine schweren Beleidigungen noch dazu das anerkennende Attest eines Gerichts bekommen zu haben. Eine Revision dieses unverständlichen Urteils, das der Angelegenheit weder nach der künstlerischen noch der formaljuristischen Seite gerecht wird, ist eine zwingende Notwendigkeit.

## Wie Kant ausgesehen hat.

Von Dr. Max Hochdorf.

Am 20. Geburtstag Immanuel Kants schrieb Dr. Max Hochdorf: „Das Kantische Immanuel Kant ist ein Mann und ein Lehrer, das für viele Kreise des deutschen Volkes Leben und Lehren des Königsberger Weisen darstellt und in einem besonderen Umfang die wichtigsten Dokumente aus der Philosophie und Moral des großen Denkers vereinigt. Das Buch erscheint im Deutschen Verlagshaus Bonn u. Co., Berlin.“

So eingefallen war die Brust, daß der Rücken gewölbt schien. Das Jabot verschwand im Rock, es hing überflüssig und lappig zur Erde. Es diente nicht zur heiteren Zier; Menschen, deren Brust sich gesund und frei auswölbt, tragen diesen Epitaphschmuck so, daß er sie erfreulich puzt und statisch macht. Aber an Kant schien all diese sorgfältig gepflegte Bürgerkleidung überflüssig, beinahe auffallend.

Der bedeutende Kopf sah auf einem Körper, der mehr als beschreiben war. Ein großer Teil des Schädels wurde durch die Perücke verdeckt. Die Perücke, die den Zeitgenossen Kants oft ein majestätisches Ansehen gab, wirkte bei dem Träger des schwächlichen Leibes auch wie ein überflüssiger Schmuck. Aber die Stirn blieb doch sichtbar; sie stieg fast geradlinig oberhalb der Nase empor. Und diese Stirn, disharmonisch einen Kopf vergrößernd, der nicht zu dem übrigen Körper paßte, verriet, daß ein ungewöhnlicher Mann vor dem Auge des Betrachters stand. Wer sah in das Anlyt Kants vertiefte, nahm wahr, daß seine Unterlippe dick und schlaff herunterfiel. Wollte er von dieser merkwürdigen und wiederum sehr ungeschönen Erscheinung auf den Charakter des Mannes raten, so hätte er auf Schwäche und Unfreundlichkeit eher raten müssen als auf Energie und freudige Lebensbejahung. Menschen, die viel Kummer und Enttäuschung durchgemacht haben, erschaffen leicht so sehr, daß sie das straffe Zusammenhalten und Anspannen ihrer Muskeln für eine unnötige Mühe halten.

Es gibt ein Bild, das den spazierenden Gelehrten darstellt. Er trägt in der einen Hand den hohen Paradesock, der mit Troddeln und metallischem Knauf ausgestattet ist; er hält in der anderen Hand eine felpfartige Kopfbedeckung, die ähnlich ist der hohen Mütze der friderizianischen Grenadiere. Stock und Hut scheinen aber viel zu groß im Verhältnis zu dem schmalen und schwächlichen Manne. Sie scheinen auch überflüssig. Sie scheinen ihn zu überlasten. Alles Irdische scheint ihn zu überlasten. Man kann kein geistiges Bild gewinnen, wenn man ihn von außen her betrachtet.

Dadurch, daß die Lippe vorgeschoben wurde, mußten die Augen automatisch geknickt werden, d. h. der Betrachter visierte die Welt außerordentlich scharf. Und dieses Auge, das nur halb zu sehen war, dessen Farbe und Glanz sich nicht feststellen ließen, erschien sehr aufmerksam, sogar hinterhältig, beinahe täuschend. Es war wie das Auge des verschlagenen Jägers, der geduldig mit der geladenen

Waffe im verborgenen Anstand wartet. Sobald sich die vorstehende Lippe hob, sobald der Mann, der in Haltung und Gesichtsausdruck sonst einen sehr schloffen Eindruck machte, seine Muskeln spielen ließ, sah es aus, als wenn ein spöttisches Lächeln in diesem Anlyt erglitzerte. Die Oberlippe ruhte gleich einer scharfen Kante über der lufthöhlenförmig verbreiterten Unterlippe und von diesem geradlinigen Strich verlief eine Wirrinis von vielen scharfen Grabenlinien über die Wangen bis in das spitzige Kinn hinein. Es gibt Zeichnungen, die in dieses von den Malern sonst idealisierte Gesicht eine ganze Landkarte der Gesichtsgographie hineinzeichnen. Diese Zeichnungen verraten das wahre Anlyt des Denkers. Da ist denn besonders charakteristisch, daß auch die Stirn von unzähligen solcher Scharten durchziffen wurde.

### Die Unheilbaren.

Vor einigen Tagen war ich in einem Kabarett. Der Conférencier war sozusagen der einzige Mitwirkende, der wirklichen Witz aufbrachte. Er kam auch auf den Münchener Prozeß zu sprechen. Man merkte es ihm an, daß er dabei auf das Pubistum (Weinzwang) Rücksicht nahm. Solange er von Rahr sprach, lachte alles. Auch daß die Strafen nicht ausbleiben würden und 10 bis 15 M. Geldstrafe sicher seien, „nur der Roffow wird 50 M. bekommen, davon 51 Proz., das ist doch Wunder“, war schmunzelnd aufgenommen. Als er aber auch mit großer Vorsicht der Ludendorff vornahm, „den wir doch alle im Kriege so sehr verehrt haben“ (wobei man freilich nicht wissen konnte, wie weit das ironisch gemeint war), stand plötzlich ein Herr von seinem Sektglas auf und rief mit vor Entrüstung erstickter Stimme: „Schämen Sie sich nicht?“

Paul Nikolaus, der Conférencier, blieb die Antwort nicht schuldig. Es wäre schlimm, wenn man in einer Republik... Hier setzte ein donnernder Applaus ein. Immerhin ein auffallendes Ereignis, in einem Kabarett (mit Weinzwang). Der Protestler sei zwar allein, aber er habe wenigstens die Mehrheit der medioburgischen Regierung für sich.

Ludendorff ist vielleicht ein hervorragender Militär, der zweifellos Deutschland dadurch schweren Schaden zufügte, daß er sich auch die Kommandogewalt über die Innen- und Außenpolitik anmaßte (und zugesprochen bekam). Welch ein gottverlassener Blödiot in politischen, wiewohl ein Analphabeter in wirtschaftlichen Dingen ist, wurde erbarmungslos von Ludendorff selbst während des Münchener Prozesses enthüllt. Man hätte meinen sollen, daß dieser Sabelträger, der nach seinen eigenen Worten über die Folgen seiner politischen Handlungen nicht nachdenkt und nie den Mut hatte, für sie einzustehen, nunmehr bei seinen Anhängern erliegt ist.

Gott behahre! Diese Leute sind auf Ludendorff eingeschwooren, und wenn sie gleich Deutschland „retten“ wollen, so denken sie darüber ebenso wenig nach wie ihr Führer. Warum sollen sie auch denken? Politisches Denken erfordert einige Anstrengung und Kenntnisse. Man hat doch schließlich etwas anderes zu tun, und warum sollen sie an Ludendorff verdammen, was sie für sich als unveräußerliches Recht in Anspruch nehmen: politische Unwissenheit, wirtschaftlichen Stumpfsinn und die große Klappe. Joat.

Konzert des Meineltschen Männerchors. Im großen Saal der Philharmonie gab der Meineltsche Männerchor unter seinem Chorleiter P. A. Joseph ein wohlgeklungenes und stark besuchtes Konzert mit Werken von Bruch, Wiesner, Heger, Sturm, Jander, Mozart und Kappel. Zum Vorteil des abgerundeten Wohlklanges bedarf der Chor noch eifriger Studien, insbesondere müssen die tenoralen Unebenheiten ausgleichend sein. Technisch ist der Chor reich, auch an schwierige Stücke mit Erfolg heranzugehen. Die Chorleiterfolge untrüblichen Solovorträge, die der virtuose Meister der Fide Alfred Vichtenstein sowie der durch warmen Ton und musikalisch durchdrungene Gestaltung überragende Violoncellist Armin Liebermann, beide von P. A. Joseph geschmeidig am Flügel unterstützt, beizugeben. Mit besonderer Liebe trugen die drei Herren C. W. u. Webers bereits etwas stark verstaubtes Trio op. 63 für Fide, Violoncello und Klavier vor. —rs.

Plattdeutscher Hamor. Einige lustige Geschichten von der Waterant werden im Hamburger „Quakborn“ erzählt: Was ist ein Geiß? Das will der Lehrer seinen Jungs klarmachen: „Ein Geiß ist ein Wesen, das weder Fleisch noch Knochen hat. Na, Wilt, wolltest du was fragen?“ „Ja, ich mein man: is es Paanfallen denn od een Geiß?“ — Waterdicht. Wat heft du denn für Siebeln an? — Ja, du, dat is wat feines: Seehundsfebeln! — So? Holt de denn dich? — Dor kannst op aff! Oder heft all mal sehn, dat en Seehund auß Water lopen is? — Gornig bl. „Or schrifft dot Blatt lang und breef über de Froo, de hunnert Joahr old worden is — wat is dor nur groot bi: mien Rubber, wenn de noch leben dä, de weer nu all hunnertunfien!“

Spielplanänderung. In der Staatsoper wird Freitag wegen Ortskrankungen im Personal statt „Goldner Oahn“ „Tieland“ gegeben.

Einführung des Deutschen Leibesrechts. Am Einberufungs mit dem Kultusministerium der einzelnen deutschen Länder hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung seinen durch Erlass der Deutschen Leibesrecht eingeführt. Nach den Bestimmungen dieses Leibesrechts kann jetzt der am Ort einer öffentlichen Bibliothek wohnende Gelehrte innerhalb des Kreises der dem Leibesrecht angehörenden Bibliotheken durch Vermittlung seiner Bibliothek aus jeder anderen die am Ort nicht vorhandene wissenschaftliche Literatur gegen eine Pauschabühr von 10 M. entleihen; alle entstehenden Postkosten und Verpackungsgeldern werden von den Bibliotheken getragen. Zum Deutschen Leibesrecht gehören im allgemeinen die Reichs-, Staats- und Landesbibliotheken; auf Antrag werden fälschlich und im Privatbesitz befindliche Bibliotheken zugelassen, die sich zur Gegenseitigkeit verpflichten.

Es soll der Sänger mit dem Finanzminister gehen. Der italienische Tenorist Beniamino Gigli, der gegenwärtig in der New Yorker Metropolitan-Oper singt, hat mit patriotischer Geise durch Vermittlung des italienischen Botschafters dem Ministerpräsidenten Mussolini einen Betrag von 50000 Lire angeboten lassen mit dem Wunsch, die Summe für die Wiederherstellung des Reichsgewächses im Staatskanzlei zu verwenden.

1200 Kilometer auf Schneeschuhen. Dieser Tage trafen in Petersburg hier Soldaten der Roten Armee ein, die in 33 Tagen auf Schneeschuhen die Strecke von Koltava in der Ukraine bis Petersburg in voller Selbstständigkeit durchwandert hatten. Sie wurden zweimal von Wägen überfallen. Die vier Schneeschuhwandler haben einen Rekord aufgestellt, da die bisher längste Schneeschuhwanderung von Archangelst bis Kowlau nur 1200 Kilometer betrug.



## Micheleli des „Michel“.

Wessen sich ein völkisches Blatt erdreißet.

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik hat der Minister des Innern die Verbreitung der Zeitschrift „Michel“, die im Selbstverlage des Schriftstellers Hans Ripper zu Graz in Steiermark (Oesterreich) erscheint, im Gebiete Preußens auf die Dauer von 6 Monaten, und zwar vom 21. März bis 20. September 1924 einschließlich verboten.

Das Verbot gründet sich auf die schwere Verleumdung des preußischen Ministers des Innern in der Folge 3 vom 20. Januar 1924, in der dem Minister vorgeworfen wird, den Franzosen bei der Verhaftung von Schlageter das Henkerdienste geleistet zu haben, sowie auf die auf Seite 2 des „Der kleine Michel“ vom gleichen Datum ausgesprochene Beschimpfung der Reichsregierung, die insbesondere in den Sägen enthalten ist: „Das hindert unsere deutsche Ebert-Regierung nicht, zu kriechen, zu klotzen, und dann... sich verachten zu lassen. Entweder heuchelt sie, oder die internationale Pfänderversicherungsgesellschaft in Berlin ist vollends verblödet.“

## Das milde Volksgericht.

Es war kein übler Prolet, sondern ein ehrenhafter Offizier.

München, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagvormittag verhandelte das Volksgericht an der Au gegen den Oberleutnant a. D. Oldenburg, unter dessen Führung eine aufgeregte Volksmenge am 9. November vormittags in den Sitzungssaal des Rathauses eingedrungen war, um den versammelten Stadtrat zur Hissung der schwarzweißen Fahne zu nötigen. Die Anklage lautete ursprünglich auf schweren Hausfriedensbruch. In der Verhandlung aber fand der Staatsanwalt nur noch ein einfaches Hausfriedensbruch und beantragte eine Geldstrafe von 200 M. Das Gericht ging aber unter einstimmiger Beachtung der Schuldfrage über diesen Antrag hinaus und verurteilte den Angeklagten wegen Beamtenehrendung in Lateinheit mit Hausfriedensbruch zu 350 M. Geldstrafe und den Kosten. Von einer Gefängnisstrafe wurde abgesehen, weil der Angeklagte ein ehrenhafter, tapferer Offizier gewesen sei und bei seinem Eindringen in das Rathaus eine gewisse Vermittlerrolle zwischen der erregten Volksmenge und dem gefährdeten Stadtrat gespielt habe. Die Verhaftung und Verschleppung der sozialistischen Stadträte und Minister, die Zerstörung der „Münchener Post“ und die Diebstahlsfälle kommen nicht mehr vor das Volksgericht, dessen Existenz bekanntlich am 1. April erlischt. Diese Verbrechen werden erst Ende April vor der Strafkammer bzw. dem Schwurgericht verhandelt.

## Die Beschützer des Meineidigen.

Erforderliche Reichsbund hat bei der Münchener Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen Rahr, Rossow, Seiber, Ministerpräsident Kulling und Innenminister Schwenker gestellt wegen Verbrechen gegen § 346 des Strafgesetzbuches. Die Beschuldigten waren alle verpflichtet gewesen, als Beamte für die Verhaftung des wegen Meineids angeklagten Kapitanleutnants Ehrhardt zu sorgen, statt ihn zu schützen und ihm freies Geleit zuzusichern. § 346 sieht Zuchthaus bis zu fünf Jahren gegen einen Beamten vor, der jemand der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen sucht.

## Republik Griechenland.

Die Dynastie endgültig abgesetzt, verbannt und enteignet.

Athen, 25. März. (W.T.B.) Die Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung der Absetzung der Dynastie und der Erziehung der Republik zugestimmt. Der Ministerpräsident Papanastasiou legte nach der Verlesung der Programmrede den Entwurf einer Resolution vor, welche die Dynastie für endgültig abgesetzt erklärt und den Mitgliedern der königlichen Familie der Aufenthalt in Griechenland untersagt. Weiter ist nach diesem Entwurf die Enteignung der dynastischen Güter gestattet. Die Proklamierung der Republik wird beschlossen unter dem Vorbehalt, daß sie durch eine Volksabstimmung gutgeheißen wird; dem Admiral Konduriotis obliegt das Amt einer Umwandlung der Regierungsform bis zur Ausarbeitung der republikanischen Verfassung.

Athen, 25. März. (W.T.B.) Heute vormittag wird aus Anlaß des Nationalfeiertags ein feierliches Teideum stattfinden, dem der Regent, die Minister und die Abgeordneten beiwohnen werden. Darauf wird eine außerordentliche Sitzung der Nationalversammlung stattfinden, in der die Republik proklamiert werden soll. Der Regent Admiral Konduriotis soll in dieser Sitzung zum provisorischen Gouverneur von Griechenland gewählt werden.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Regierung mit 259 gegen 3 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen das Vertrauen ausgesprochen.

Athen, 25. März. (Agence d'Athènes.) Die Nationalfeier wurde unter Teilnahme einer ungeheuren Menschenmenge begangen. Nach einem Gottesdienst in der Kathedrale begaben sich die Minister und Abgeordneten in geschlossenem Zuge zum Parlament, das in feierlicher Sitzung einstimmig den Antrag der Regierung annahm, durch den die Dynastie abgesetzt und die Republik errichtet wird. Urilleriesalen verkündeten das historische Ereignis, das von der Nationalversammlung und der Stadt mit unbeschreiblicher Begeisterung aufgenommen wurde. Die Feier wird drei Tage dauern.

Heute wird der Ministerrat eine Verordnung unterzeichnen, durch die alle wegen politischer und militärischer Vergehen Verurteilten amnestiert werden.

Am Montag hatte die Nationalversammlung dem Kabinett Papanastasiou mit 259 von 278 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die Absetzung des griechischen Königshauses bedeutet eigentlich nur die endgültige Befestigung eines bereits bestehenden tatsächlichen Zustandes. Denn schon vor mehreren Wochen mußte König Georg II. mit seiner Frau, der Prinzessin Elisabeth von Rumänien, das Land unfreiwillig verlassen. Er hätte sogar schon den „freiwilligen“ Verzicht ausgesprochen, wenn man seinen Wünschen nach einer beträchtlichen Abfindung nachgegeben wäre. Jetzt hat der Beschluß der Nationalversammlung auch diese letzte Hoffnung zerstört und der abgesetzte König fällt nunmehr zu Lasten der rumänischen Königsfamilie. Eventuell kann er sich auch an keinen Schwager, den König der Serben, Kroaten und Slowenen

# Deutschlands bisherige Gesamtleistungen.

Nach einer Statistik der Reparationskommission.

Paris, 25. März. (W.T.B.) Die Reparationskommission hat gestern eine Statistik über die Leistungen Deutschlands vom Waffenstillstand bis zum 31. Dezember 1923 und die Verteilung unter die verschiedenen alliierten Länder veröffentlicht. Nach dieser Statistik hat Deutschland Leistungen im Betrag von

8 411 339 000 Goldmark

ausgeführt. Diese Summe setzt sich nach der Statistik wie folgt zusammen

Barzahlungen 1 903 544 000 Goldmark,  
Sachlieferungen 3 420 190 000 Goldmark,  
überlassene Werte 368 512 000 Goldmark,  
im ganzen 5 692 246 000 Goldmark.

Hierzu kommen Leistungen, deren Abschätzung noch in der Schwebe ist oder die noch nicht verteilt wurden, im Gesamtbetrag von 2 719 093 000 Goldmark. Diese Summe setzt sich zusammen aus dem Ertrag des abgelieferten Kriegsmaterials mit 1 462 000 Goldmark, aus abgelieferten Handelschiffen, U-Booten usw. im Betrag von 532 237 000 Goldmark, außerdem berechnet die Repko die abgetretenen Saargruben sowie das ehemalige deutsche Staatsvermögen in Polen und Danzig mit 2 185 394 000 Goldmark.

Von diesen Einnahmen hat Frankreich bis zum 31. Dezember 1923 1 804 192 000, Belgien 1 232 756 000, Großbritannien 1 318 532 000, Italien 397 932 000, Serbien 262 500 000, Japan 68 398 000, Rumänien 32 914 000, die Tschechoslowakei 23 153 000, Polen 15 120 000, Griechenland 20 574 000, Portugal 14 855 Goldmark erhalten.

Der Vergleich zwischen dem Reparationskonto bis zum 31. Dezember 1923 und dem gleichen Konto bis 31. Dezember 1922 ergibt für das letztere Jahr eine deutsche Leistung von 507 969 000 Goldmark, von denen 45 509 000 Goldmark Barzahlungen und 462 460 000 Goldmark Sachlieferungen darstellen.

Die Verteilung unter die alliierten Mächte stellt sich für die deutschen Reparationsleistungen im Jahre 1923 wie folgt: Frankreich

13 389 000, Belgien 12 760 000, England 168 358 000, Italien 155 138 000, Serbien 2 700 000, Rumänien 11 815 000, Griechenland 23 770 000, die Tschechoslowakei 1 963 000, Griechenland 9 551 000, Polen 415 000, Portugal 10 440 000 und Japan 390 000 Goldmark.

Anmerkung des W.T.B.: Gegenüber der letzten bis zum Juni 1923 reichenden Abrechnung der Repko, die eine Gesamtsumme der deutschen Leistungen in Höhe von 8,2 Milliarden Goldmark auswies, ist in der jetzt veröffentlichten Abrechnung keine wesentliche Veränderung in der Bewertung der Reparationsleistungen eingetreten. Noch immer sind große Posten nicht abgeklärt, andere, wie z. B. die Handelsflotte, Saargruben usw., sind mit bekannten, notorisch viel zu niedrig veranschlagten Werten eingeseht. Nach sorgfältiger deutscher Berechnung haben die gutskaffenden Reparationsleistungen bereits bis zum 31. Dezember 1923 die ungeheure Summe von 41,6 Milliarden Goldmark erreicht; hinzuzurechnen sind noch die 14,3 Milliarden Goldmark betragenden, nicht auf Reparationskonto anrechnungsfähigen deutschen Leistungen, so daß Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages bis zum Anfang des Jahres 1923

Leistungen im Werte von 55,9 Milliarden Goldmark

bewerkstelligt hat, also das 6 1/2 fache der von der Repko bis Ende 1923 aufgeschriebenen Leistungen.

Wenn sich Frankreich im übrigen unausgesetzt darüber beklagt, daß es so wenig von Deutschland erhalte, so sollte es sich daran erinnern, daß bis Ende 1923 die Besatzungstruppen am Rhein allein über 5 Milliarden Goldmark von den deutschen Reparationsleistungen verschlungen haben. Man sollte ferner nicht außer acht lassen, daß an der Verteilung der deutschen Leistungen nicht mehr und nicht weniger als 27 Staaten beteiligt sind. Daß Frankreich im Jahre 1923 nach den Angaben der Repko nur 13,4 Millionen Goldmark zugeteilt erhalten hat, gegenüber 155,1 Millionen Goldmark an Italien und 111,8 Millionen Goldmark an Jugoslawien, ist keine von Deutschland zu vertretende Angelegenheit.

wenden. Und wenn auch das noch immer nicht genügt, würde ihm wohl die Privatdatsule des dänischen Königshauses nicht verschlossen bleiben, dessen Nachkomme er ist. Es ist uns natürlich völlig gleichgültig, wie und wo der junge Mann sein Richtstüben weiterführen wird, allein wir möchten vermeiden, daß er sich schließlich an seinen Onkel, Wilhelm von Doorn, wende; denn bei der lakonischen Bestimmung gewisser Herren in den zuständigen preußischen Ressorts wäre damit zu rechnen, daß dies zum Vorwand genommen würde, ein paar weitere Goldmillionen den Hohenzollern zuzufächeln.

Die im Jahre 1864 nach Griechenland verpflanzte dänische Fürstenfamilie Glücksburg hatte bis zum Balkantriede von 1912 ein verhältnismäßig ungefährdetes Da-sein geführt. Dann wurde aber der König Georg I. in Saloniki ermordet; wenige Jahre danach, während des Weltkrieges, wurde dessen Sohn Konstantin I. wegen mangelhafter Ententebegeisterung abgesetzt und verbannt. Sein ältester Sohn, Alexander, bestieg nun mit Erlaubnis der Entente und unter der Vormundschaft Venizelos den Thron, starb jedoch nach wenigen Jahren an einem rätselhaften Leiden. Jetzt jagte das griechische Volk Venizelos davon und holte sich Konstantin aus seiner Schweizer Verbannung wieder. Frankreich erhob zwar Einspruch, beruhigte sich jedoch nach einer Weile. Jetzt wollte Konstantin seine Feldherrntalente auf neue entfesseln und leitete in Kleinasien eine große Offensive gegen Kemal Pascha, die siegreich begann und katastrophal endete. Wieder einmal mußte Konstantin den Weg der Verbannung antreten und starb Anfang Februar 1923 in Sizilien. Sein Sohn Georg II. hat nicht einmal ein Jahr regiert. Im Januar dieses Jahres wurde auch er ausgedrängt, das Land zu verlassen, und nun scheint Griechenland endgültig der Monarchie den Laufpaß gegeben zu haben.

## Der Streit um Bessarabien.

Zwischen Tschitscherin und Poincaré.

Moskau, 25. März. (Russ. Tel.-Ag.) Auf den telegraphischen Protest Tschitscherins an Poincaré gegen die Unterstützung des französischen Parlaments für die Annexion Bessarabiens hat Poincaré dröhnlich geantwortet. Er verwahrt sich dagegen, daß die Bestätigung des Protokolls über Bessarabien als eine Vergewaltigung der Rechte des besarabischen Volkes angesehen werden könne. Daß dem nicht so sei, folge aus der Abstimmung des Statut Ierli, der besarabischen Volksräte, vom 27. März 1918. Darauf hat Tschitscherin zurückgegriffen, daß der Statut Ierli nur zum Teil aus Delegierten von Parteien zusammengesetzt und von der rumänischen Regierung ganz willkürlich mit ihren Proteges ergänzt worden sei, die die Mehrheit der Versammlung gebildet hätten. Diese Mitglieder seien es gewesen, die den Gedanken der Annexion durch Rumänien unterstützt hätten. Vor dem 27. März 1918 seien einige der bedeutendsten Mitglieder des Statut Ierli von den Rumänen erschossen worden, weil sie gegen die Annexion gewesen seien. Die Abstimmung selbst sei in Gegenwart rumänischer Soldaten und Gendarmen und unter unerschütterlichen Bedrohungen erfolgt. Trotz alledem habe der Statut Ierli sich nicht für die Einverleibung Bessarabiens in Rumänien, sondern nur für eine sehr ausgedehnte Autonomie Bessarabiens unter rumänischer Oberhoheit ausgesprochen. Am 25. November 1918 sei dann mitten in der Nacht in Anwesenheit eines Viertels der Mitglieder des Statut Ierli die vollständige Einverleibung Bessarabiens in Rumänien vorgeschlagen und lediglich durch Aklamation angenommen worden, ohne daß eine Zählung der Stimmen für und gegen den Vorschlag stattgefunden habe.

Die Sowjetregierung sei im Besitz einer Reihe von Protesten gegen den damals vorgenommenen Betrug, u. a. von dem Chef der besarabischen Volksliga, dem rumänischen Senator Alexandri, von dem Generalsekretär des Statut Ierli, Epuri, von dem Vorsitzenden des Soldatenkongresses, von der Bauernfraktion, von den Gewerkschaften, den Gemeindebehörden und von 40 anderen Mitgliedern des Statut Ierli unterzeichnet.

Es stelle die Handlungsweise der rumänischen Regierung eine noch nie dagewesene Vergewaltigung des besarabischen Volkes

dar und sei lediglich der Ausdruck brutaler Kraftanwendung der rumänischen Besatzungsbehörden. Wenn das französische Parlament sich, von der rumänischen Regierung beeinflusst, am Vorabend der Wiener (russisch-rumänischen, Red.) Konferenz, mit Rumänien solidarisch erkläre, so laße es die Verantwortung für alle möglichen Folgen auf sich.

Moskau, 24. März. (Russ. Tel.-Ag.) Zahlreiche in der Ukraine eingetroffene besarabische Flüchtlinge berichten, daß die rumänischen Behörden durch die spontane Protestbewegung der besarabischen Bevölkerung auf beiden Seiten des Dneistr stark beunruhigt

seien. Die in der Botschaft und in Transylvanien stehenden Truppen seien nach Bessarabien verlegt worden. Auch das Erscheinen der russischen bürgerlichen Blätter sei verboten worden.

Aus Kishinew wird gemeldet, daß die Ablicht der Sowjetregierung, auf der Wiener Konferenz eine Volksabstimmung in Bessarabien über die endgültige Zugehörigkeit des Landes vorzuschlagen, von der besarabischen Bevölkerung lebhaft begrüßt werde. Die Bevölkerung beginne, die rumänischen kulturellen Einrichtungen wie Theater und Zeitungen, zu boykottieren.

## Lebensmittelkredite für Deutschland.

Vom amerikanischen Abgeordnetenhaus bewilligt.

Washington, 25. März. (W.T.B., durch Funkspruch.) Das Repräsentantenhaus hat die von dem republikanischen Mitglied des Kongresses, Fish, eingebrachte Entschlieung, nach der ein Betrag von 10 Millionen Dollar zum Einkauf von Lebensmitteln für die notleidenden deutschen Frauen und Kinder bestimmt werden soll, mit 240 gegen 97 Stimmen angenommen. Der Annahme der Entschlieung ging eine etwa dreistündige Debatte voraus, in deren Verlauf eine Reihe von Zusatzanträgen abgelehnt wurde, unter denen sich auch ein Antrag befand, nach dem der Einkauf sich auf Weizen und dergleichen beschränken und gleichzeitig die ausgeworfene Summe auf 20 Millionen Dollar erhöht werden sollte.

Im Laufe der Debatte betonte der Republikaner Burton die Entschlieung diese Gelegenheit, ein Wort der Barmherzigkeit zu tun und eine tatsächlich nötige Unterstützung zu gewähren. — Der Demokrat Scatter hob hervor, daß die bewilligte Summe als Unterstützung nichts bedeute, da der verfügbare Betrag nur eine ganz geringe Hilfe für die so große Zahl von Kindern sei. — Der Demokrat McKeeon erklärte, man solle, statt diese Unterstützung zu gewähren, Frankreich dazu bringen, Deutschland gegenüber einen richtigen Kurs einzuschlagen. — Der Republikaner Laguardia sagte, die beabsichtigte Maßnahme werde in fünf Minuten mehr Gutes tun, als der Völkerverbund in fünf Jahren. — Der republikanische Abg. Cooper meinte, wenn Deutschland auch genügend Lebensmittel haben könnte, so habe es doch nicht genug Geld, um sie zu kaufen. — Der Demokrat Connors erklärte, er habe gegen das deutsche Heer gekämpft, aber die deutschen Frauen und Kinder hätten den Krieg nicht geführt. — Der Republikaner Andrew bezeichnete es als dem gesunden Menschenverstand widerstreitend, daß man für Deutschland zehn Millionen Dollar ausbebe, wenn die begüterten Klassen Deutschlands sich Luxusausgaben leisten könnten. — Die Entschlieung geht nunmehr an den Senat.

## Keine Abrüstungskonferenz.

London, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Versuch amerikanischer Senatoren, den Präsidenten Coolidge zur Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz zu drängen, ist nach Informationen aus Washington gescheitert. Coolidge habe keinen Glauben an den Erfolg einer solchen Konferenz. Die europäischen Mächte seien für einen Plan von dieser Größe noch keineswegs reif. Er denke nicht daran, zu einer Konferenz einzuladen, deren Mißerfolg aus der europäischen Atmosphäre der Aufrüstung deutlich erkennbar sei.

## Kampfanfrage der PPS.

Warschau, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Die polnische sozialistische Partei veröffentlichte eine Erklärung, in der sie der Regierung Grabski vorwirft, daß sie immer mehr nach dem Willen der Rechten vorgehe. Dieser Einfluß zeige sich in dem Bemühen zur Aufhebung des Achtstundentags, der Beamtenernennung und in der Freigabe der Getreideausfuhr. Die PPS habe bis jetzt das Kabinett Grabski nicht stürzen wollen, um die Sanierung nicht zu fördern. Nunmehr aber werde sich ihr Verhältnis zur Regierung ändern.

Moskau teignadigt. Der Vollzugsausschuß des Sowjetbundes hat die über General Trepajew und 20 weitere Mitarbeiter des Admirals Koltshat verhängte Todesstrafe in eine Gefängnisstrafe von 10 Jahren umgewandelt, nachdem die Verurteilten eine Loyalitätserklärung abgegeben hatten.

Rumänien und der Vatikan. Die bevorstehende Reise des Königs Ferdinands nach Rom soll eine Versöhnung zwischen Rumänien und dem Vatikan herbeiführen. Die Spannung dauert über 20 Jahre.

Russischer Geschäftsträger in Schweden ist der bisherige Leiter der Handelsvertretung in Stockholm Ossinski.

Im Hitler-Ludendorff-Projekt rebeten am Dienstag die Verteidiger weiter. Es ist möglich, daß das Urteil erst am Montag verkündet wird.



# Gewerkschaftsbewegung

## Sittliche Pflichten!

In den Kreisen des Unternehmertums wird jetzt wieder häufiger das hohe Bild von den sittlichen Pflichten angestimmt, die die anderen, das Volk, d. h. die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, zu erfüllen hätten. In den Reihen des honesten Bürgertums, der Gesellschaft, ist sogar in positivem Sinne von sittlichen Pflichten die Rede, die man den Notleidenden gegenüber zu erfüllen habe durch Beteiligung an Gesellschaftsabenden, deren gestern Abend einer im Hotel Eplanade unter dem Vorsitz einer Fürstin und einer Gräfin mit Ballett- und Theateraufführung, großer Modenschau und Ball stattfand. Selbst wenn wir ohne weiteres zugeben, daß auch auf diese Weise bis zu der Methode der Internationalen Arbeiterhilfe manches Tröpfchen auf den heißen Stein fällt, so müssen wir doch sagen, daß der Begriff der sittlichen Pflichten in all den Kreisen recht kümmerlich entwickelt ist, in denen die höhere Bildung hauptsächlich im Geldmachen und im Besitz zur Geltung kommt. Die Rücksichtslosigkeit, bis zur Brutalität gesteigert, feiert wahre Triumphe. Die bürgerliche Sozialpolitik verleugnet ihre Vergangenheit und schwört ihre Jugendfünden ab wider den heiligen Geist des Menschentums.

Die Verfassung des Deutschen Reiches enthält den verheißungsvollen Satz: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs.“ In der Praxis aber trägt das Reich mit dazu bei, die Arbeitskraft des notwendigen Schutzes zu berauben. Was nützt dem Arbeitnehmer seine Arbeitskraft, wenn er sie nicht verwerten kann, wenn er „abgebaut“, arbeitslos ist. Das Reich baut nicht nur selber ab, zwingt Staat und Gemeinden zum Abbau, es hilft außerdem dem Unternehmertum beim Abbau, indem es durch Schiedsprüfung und deren Verbindlichkeitsklärung den Rückgang vom Dreifach- zum Zweifachsystem ermöglicht. Zwei Drittel der Arbeitnehmer müssen länger arbeiten, damit das letzte Drittel aus dem Produktionsprozess auf das Strafenpflaster geworfen werden kann. Die Abgebauten erhalten zwar für sich und ihre Familienangehörigen Unterstützung. Ob und wie sie davon leben können, ist eine Frage, die zu lösen man ihnen selbst überläßt. Der Wahnsinn unserer Ordnung der Dinge wird dem Arbeitslosen, dem Familienvater nur zu bald klar. Zumal wenn er sich vergegenwärtigt, daß beispielsweise der Unterhalt manches Hundes den Betrag der Unterstützung für einen Arbeitslosen und seine Familie übersteigt. Und wie steht es selbst in all den glücklichen Fällen, in denen der Arbeitnehmer für seine Arbeitskraft Verwendung hat? Unter dem Druck des Abbaues, des Ueberangebots von Arbeitskräften sind die Löhne auf das äußerste herabgedrückt. Selbst bei regelmäßiger Arbeit reicht das Lohn-einkommen zur Bestreitung der Kosten des Lebensunterhalts meist nicht aus.

Es gibt keine sittliche Pflicht für „abgebaute“ Arbeitnehmer zu verhungern, wie sie etwa der Volksparteiler Dr. D u a h z zur höheren Ehre der „Bürgerschaft“ stipulieren möchte, indem er den Abbau der Erwerbslosenfürsorge forderte. Gemütsmenschen ähnlicher Art, die den Hunger kaum vom Hörensagen kennen, haben sich vor dem schon mit großer Gefassenheit über die verzweiflungsvolle Lage der Erwerbslosen hinweggesetzt. Sei es mehr aus Gedankenlosigkeit denn aus Grausamkeit, in jedem Falle ist es sittliche Pflicht, derartige unsittliche Gedankengänge zu bekämpfen. Die Arbeitnehmerschaft hat die sittliche Pflicht, für ihre Selbsterhaltung einzutreten, für den Schutz ihrer brachgelegten wie für den Schutz ihrer angewandten Arbeitskraft. „Reformistisch“ zwar, aber doch un-sittlich. Daraus ergibt sich die weitere sittliche Pflicht, die Gewerkschaften zu stärken und alle Spaltungsversuche entschieden zurückzuweisen.

## Schafe im Wolfspelz.

Fünf Wochen nach der Generalversammlung schickt uns der Vor-sitzende der Berliner Jahrestelle der Zimmerer, Kreppläger, einen Bericht, der am Dienstag bereits in der „Roten Fahne“ erschienen war. Der Zweck dieser „Berichterstattung“ war, folgende kameradschaftlichen Liebeswürdigkeiten, die wir ohne jede Korrektur hiermit veröffentlichen, vom Stapel zu lassen:

„Die Arbeitgeber haben ihre Sabotage weiter betrieben, obwohl sie in der Sitzung am 7. Mai 1923 beim Oberbürgermeister Böhm erklärten, sofort nach Unterzeichnung des Ordoisaris den Nachweis anzuerkennen. Der Tarif wurde am 7. Mai 1923 unterzeichnet, jedoch die Arbeitgeber des Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbes haben ihr Wort schamlos gebrochen. Zu diesem Verhalten haben reflexlos die Vereinigungen des „Bormärts“ sowie der Kirchendiener und Faschistenklubs im eigenen Verband beigetragen. Der „Bormärts“ hat nicht nur unter „Gewerkschaftlichen“, sondern sogar auf der ersten Seite des Hauptblattes (18. August 1923) faustdicke Lügen verbreitet dahingehend, der Nachweis handle nicht unparteiisch. Obwohl in den vielen Sitzungen, welche seit drei Jahren in dieser Frage stattgefunden haben, weder von den Behörden, noch von den Arbeitgebern auch nur der Schatten eines Beweises dafür erbracht wurde, haben trotzdem der „Bormärts“ und seine Angehörigen ihre Lügen und verräterischen Behauptungen wiederholt. Daß unter solch offenem Verrat an der Arbeiterschaft die Arbeitgeber in der heutigen Zeit Sabotage üben, zumal ihnen die Kriegs- und Koalitionsstreunde dazu verhelfen, ist mehr als selbstverständlich. Am 18. März 1924 in der Abendnummer lobt der „Bormärts“, nachdem er drei Wochen lang nach der Vorstandswahl (2. März) die Stimmen verloren hatte, von neuem los. Er jammert über den alten Bogen Wellow, daß er nach 23 Jahren ausgehittelt ist. Satten doch die bösen Kommunisten in den letzten Jahren ihm gegenüber noch Gnade vor Recht ergehen lassen, so war das Maß aber voll, als er seit Monaten trotz der bestehenden Gewerkschaftskongress- sowie Jahrestellenbeschlüsse in der Nachweisfrage mehr als schädigend gewirkt hat. Bezeichnend ist weiter, daß trotz seiner 23jährigen Tätigkeit als Angestellter der gute „Satz“ noch nicht begriffen hat, daß zur Uebergabe der Kassenbücher sofort auch die Uebergabe der Schlüssel und alles Geld gehört. Verhaltensmaßnahmen über letzteres hat er sich wohl erst in der am Sonntag, den 23. März 1924, im Gewerkschaftsbau, Saal 3, stattgefundenen Spaltungsversammlung, welche von etwa 60 Mann besucht war, eingeholt. Am Montag, den 24. März 1924, brachte der ehemals 23jährige Gewerkschaftsvertreter den letzten bisher noch zurückgehaltenen Rest an Schlüssel und Geld. Der Bauhütten-

general Ellinger (Hamburg) hatte es für dieses Mal übernommen, am Sonntag, den 2. September 1923 war es einer aus der Berliner Baugewerkschaft, die nötigen Anweisungen zur Spaltung im Zimmererverband zu geben, sowie darüber, wie man mehr Geld für ihre in sich abgeschlossenen Bildenbetriebe von der Organisation erhalten kann. Geld sänkt ja nicht. — — —

Der tobende und jammerrnde „Bormärts“ ist also an allem schuld! Die Mitglieder des Zimmererverbandes, die nicht von so hohem Geist besetzt sind wie dieser Kreppläger, sind Kirchendiener und Faschistenklubmitglieder. Wenn angesichts dieser kommunistischen „Einheitsfront“ die Unternehmer nicht zu Kreuze kriechen, dann wird dem guten Kreppläger schließlich nichts anderes übrig bleiben, als sich darauf zu besinnen, daß er die verdamnte Pflicht hat, endlich die

## Allgemeine Funktionärinnen-Konferenz

am Freitag, den 28. März, abends 7 Uhr, im Gefangsaal der Schule Weinmeisterstr. 16/17.

Tagesordnung: 1. Bericht über die letzte Parteiaus-schuss-sitzung und „Die Wahlarbeit in Berlin“. Referent: Gen. Todenhagen. — 2. Aussprache.

Mitgliedsbuch legitimiert. Alle Genossinnen, die bei der Wahlarbeit helfen wollen, werden gebeten, zu erscheinen.

von Sinowjew vorgeschriebene „revolutionäre Kampftaktik“ anzuwenden. Statt „Verrat“ zu üben und mit den Unternehmern zu verhandeln, statt vor dem Oberbürgermeister „auf dem Bauch zu rutschen“, rufe er endlich, zum Donnerwetter, die Arbeitslosen auf, proklamieren den revolutionären Generalfreist und die Diktatur des Proletariats! Bisher hat der gute Kreppläger als Schaf im Wolfspelz wohl fröhlich auf die eigenen Mitglieder geschimpft, aber mit den Unternehmern ist er immer sehr zart umgegangen.

## Drohender Kampf im Holzgewerbe.

### Boeth droht mit der Aussperrung.

Raum ist die Aussperrung in der Klavierindustrie zum Abschluß gekommen, und schon droht ein neuer, größerer Konflikt auszubrechen. Die Arbeitgeber wollen die Vorkriegsarbeitszeit von 51 Stunden wieder einführen und machen nach der üblichen Methode eine Erhöhung der tariflichen Löhne davon abhängig.

Am 21. März fanden gemeinschaftliche Verhandlungen mit den Vereinigten Verbänden der Freien Vereinigung statt. Hier wurde den Arbeitgeberparteien die Frage vorgelegt, wer als zukünftiger Tarifkontrahent in Frage käme und ob ein eventuell auf zentraler Grundlage zustandekommender Reichsmantelvertrag auch für Berlin Geltung habe. Des weiteren, ob die Parteien erklären können, daß nur ein Tarif in Zukunft für Berlin zum Abschluß kommen soll. Diese Fragen mußten deswegen aufgeworfen werden, weil die Freie Vereinigung sich an den zentralen Verhandlungen beteiligt, wogegen Boeth mit seiner Annahme Sonderinteressen verfolgt und von den zentralen Verhandlungen ausgeschlossen wurde. Da zurzeit noch keine Klarheit über den zukünftigen Tarifträger besteht, wurde weiter verlangt, daß, wenn selbst zentral ein Verhandlungsergebnis vorliegt, sich die Berliner Parteien über die Annahme desselben entscheiden sollen.

Diese tariftechnischen Schwierigkeiten führen unweigerlich zur Verzögerung der ganzen Verhandlungen und insolge dessen legte der Holzarbeiterverband sein besonderes Gewicht auf Abschluß von Sondervereinbarungen und zog den tariflosen Zustand im Augenblick vor. Boeth mit seinem Anhang glaubt, die Unruhen, die sich insolge dessen in den Betrieben ergeben haben, nicht länger mitanzusehen zu können, und drängt mit aller Entschiedenheit auf einer Entscheidung. Er verlangt grundsätzlich eine Erklärung, ob Bereitwilligkeit, die Arbeitszeit und Lohnfrage zu regeln, bei den Arbeitnehmern vorliegt, was mit der Maßgabe bejaht wurde, auch die Ferienfrage zu klären.

Heute haben die Vereinten Verbände eine Generalversammlung mit der Tagesordnung: Beschlussfassung über eine Gesamtaussperrung. Von der Einstellung der Arbeitgeber wird es abhängen, ob ein neuer Kampf im Holzgewerbe entbrennt. Die Holzarbeiter Berlins sind entschlossen, sich keinem Diktat der Arbeitgeber zu fügen und werden, wenn es sein muß, den Kampf mit der gewohnten Geschlossenheit führen.

## Warnung vor Zuzug nach bestreikten Gebieten!

Immer wieder macht sich die unheilvolle Tatsache bemerkbar, daß Arbeitsangebots nach anderen Orten angenommen werden, ohne vorher mit der gewerkschaftlichen Organisation darüber Rücksprache zu nehmen. Es liegt sowohl im Interesse des einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes wie im Allgemeininteresse, in jedem Falle sich vorher darüber zu vergewissern, ob ein Arbeitsangebot nach außerhalb einwandfrei ist oder nicht.

Arbeitsangebote nach Bremerhaven, Norddeutscher Lloyd, Superphosphatwerke Nordenham in Oldenburg sind bestimmt abzulehnen. Ferner alle Arbeitsangebote nach den gesamten West-orten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

## Kommunistische Landarbeiteragitation.

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

In Nr. 17 der „Roten Fahne“ wird wieder einmal weidlich über den Deutschen Landarbeiterverband geschimpft. Er wäre dazu berufen, jetzt zu zeigen, daß er gewillt ist, wenigstens die letzten Rechte und Freiheiten der Landarbeiter zu verteidigen. Anstatt dessen pfeife er auf die Mitglieder und stelle sich offen auf die Seite der Agrarier. Am feigsten habe sich der Gauleiter Schmidt in Rostock benommen. Er weigerte sich nicht nur mit einer Landarbeiterdelegation zu verhandeln, sondern er hat sie unter Androhung von Prügel und Gebrauchsmachung des Hausrechts unter den wüsten antisemitischen Beschimpfungen hinausgeworfen.

Beide Behauptungen sind so lächerlich und unwahr, daß sich ein Wort der Erwiderung fast erübrigt. Würden die Kommunisten das Verbandsorgan des Deutschen Landarbeiterverbandes regelmäßig verfolgen, müßte ihnen bekannt sein, daß die Organisation seit Ende vorigen Jahres in fast allen Teilen des Reiches nicht nur ununterbrochen in Lohnverhandlungen steht, sondern erbitterte Kämpfe um die Abwehrung der den Landarbeitern zugebührten Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse führen muß. Die Bewegungen stützen sich nicht nur auf einige Personen, sondern sie werden, wie man sich jederzeit in Ostpreußen, Schlesien und anderwärts über-

zeugen kann, von der lebhaftesten Teilnahme der gesamten Mitgliedschaft getragen. Die Mitgliedschaft steht hierbei in engstem Einverständnis mit den Angestellten, was die dumme Redensart, es werde auf die Mitglieder gepöfien, völlig unbegründet erscheinen läßt. Wenn der Gauleiter Schmidt, Rostock, die Verhandlung mit einer ihn auffuchenden Landarbeiterdelegation ablehnte, geschah es, weil es sich um Personen handelte, die auf einer von der kommunistischen Partei zu dem Zwecke einberufenen Versammlung gewählt wurden, die von der Gauleitung eingeleitete Agitation zu durchkreuzen und ihren Zwecken nutzbar zu machen. Von der Androhung von Prügel und der Gebrauchsmachung des Hausrechts kann gar keine Rede sein. Die Landarbeiter sind in der anständigsten Weise behandelt worden. Einem von ihnen, der sich in besonders frechen Redensarten erging, wurde lediglich höflich, aber deutlich zu verstehen gegeben, daß bei anderer Gelegenheit ein hinauswerfen am Plage wäre. Daß antisemitische Redensarten gefallen sind, glaubt der Berichterstatter der „Roten Fahne“ wohl selbst nicht. Die ganze Agitationsweise der Kommunisten gibt den Eindruck, daß es sich um Verlegenheitsbetätigungen und um den Versuch handelt, die Landarbeiter durch wahrheitswidrige Behauptungen und verantwortungslosere Versprechungen in ihre Garne zu locken.

## Eisenbahnerbewegung in Württemberg.

Die Einführung der 45stündigen Arbeitszeit hat die Eisenbahnarbeiter der Betriebswerkstätten in Kornwestheim und Ulm zum Widerstand durch Streiktreits veranlaßt. Die Bewegung dehnte sich auch auf die Bahnhöfe aus. In Kornwestheim wurde der Streik durch Vereinbarung der Arbeitszeit auf 50 Stunden beigelegt. In Ulm verhängte man eine Verständigung auf 52 Stunden, die die Streikenden unter Hinweis auf die Vereinbarung in Kornwestheim ablehnten. Eine weitere Ausdehnung der Bewegung wird für Stuttgart befürchtet. Die U.S.-Korrespondenz berichtet, die ganze Bewegung und die Verläufe zu ihrer Beilegung machten den Eindruck, als ob die Arbeitszeitfrage bei der Eisenbahn in Süddeutschland zur Unterföhung gewisser dezentralisierter Forderungen benutzt werde. Die Württembergische Regierung habe sich mit den Vorgängen beschäftigt.

## „Vorbereitungen“ der Zechenbesitzer zur Betriebsrätewahl

Essen, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Von Donnerstag bis Sonnabend finden im Ruhrbergbau die Betriebsrätewahlen statt. In vielen Stellen haben die Zechenbesitzer die von den freien Gewerkschaften vorgeschlagenen Kandidaten entlassen. Die von der Kündigung betroffenen Bergarbeiter haben gegen die Zechenbesitzer den Klageweg beschritten. Welche Wirkungen das rückföhllose Vorgehen der Verbauiindustriellen anstellt, beweist die Tatsache, daß die kommunistischen Unionen vielfach darauf verzichteten, selbständige Listen einzulegen. Daß die freien Gewerkschaften ihre alten Positionen voraussichtlich behaupten werden, zeigt der Ausnahm der Betriebsrätewahlen auf den Kruppischen Werken, wo die Listen der freien Gewerkschaften ihren alten Stand behielten, während die Christen ein Mandat an die Gelben abgeben mußten.

## Erfolg der Holzarbeiter in Memel.

Memel, 25. März. (Eigener Bericht.) Die vor 14 Tagen erfolgte Aussperrung im Holzgewerbe, das hier am stärksten vertreten ist, hat mit einem Sieg der Arbeiterschaft geendigt. Die Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, die veräußerten Verschlechterungen zurückzunehmen und Lohnausfälle zu ersetzen. Das geschlossene Auftreten der Arbeiter, von denen nicht ein einziger sich zu Streikbrecherdiensten hergab, führte zum Erfolg.

## Die englische Regierung zum Londoner Verkehrsstreik.

London, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Das zur Untersuchung der Streikgründe und der Grundzüge einer Einigung im Londoner Straßenbahnbetrieb eingesetzte Schiedsgericht hat einen vorläufigen Bericht fertiggestellt. Macdonald hat daraufhin die Vertreter der Streikenden und der Unternehmer zu einer gemeinsamen Konferenz in das Arbeitsministerium eingeladen. Die Regierung erwägt auf Grund des vorläufigen Berichts Reorganisationsmaßnahmen für den Stadtverkehr Londons. Am Dienstag hat sie bereits ein Gesetz eingebracht, das die öffentliche Verkehrskontrolle auf das Londoner Verkehrsministerium überträgt. Dieser Schritt der Regierung bedeutet eine weitere Vereinheitlichung und Entkapitalisierung des englischen Verkehrsnetzes.

Zum Kampf im Böttchergewerbe nahm eine Vollversammlung der Berliner Böttcher am Montag Abend Stellung. Mit einem Teil der Unternehmer, der vom Arbeitgeberverband abgesperrt ist, ist bereits eine Einigung erfolgt auf der Grundlage von 70 Pf. Stundenlohn. Hier wird überall voll gearbeitet. In den übrigen Betrieben wird der Kampf verschärft weitergeführt. Die Versammlung hat für die im Kampf stehenden Kollegen eine großzügige Unterstützungssaktion beschlossen.

Achtung, Kasperhändler! Morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftsbau, Saal 1, außerordentliche wichtige Mitglieberversammlung. Unter anderem Stellungnahme zu der jetzt in der Metallindustrie und in den Kupferfabriken bestehenden Situation. Die Ortsverwaltung. Streikmacher! Morgen, Donnerstag abends 7 Uhr, im Rosenhauer Hof, Rosenhauer Str. 11/12, Brauereiverammlung. 1. Bericht. 2. Bericht. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Verhandlungsangelegenheiten. Die Generalversammlungsdelegationen haben zu dieser Versammlung unbedingt zu erscheinen und ihr Verbandsbuch und ihren Parteiausweis mitzubringen. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: A. Eklern; Revision: R. B. Böcker; Verles und Contingent: Fritz Karst; Anzeigen: H. Gode; Familien in Berlin. Verlag: Bormärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bormärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Stern 2 Verlag.

herbortragend bewährt bei:

**Jogal** Gicht, Grippe, Rheuma, Hexenschuß, Ischias, Nervenschmerzen.

Jogal stillt die Schmerzen und löst die Hornhäute aus. Ausgezeichnet bei Schlaflosigkeit. — In allen Apotheken erhältlich. Best. 64,1%, Acid. acetic. salic., 0,06%, China, 12,6%, Lithium 100 Amylum

**Rajanol-Hautcreme**

Die Creme der eleganten Welt, einzigartig parfümiert. Zu haben in einschlägigen Geschäften.

Rajanol G. m. b. H., B.-Oberschöneweide, Frischenstr. 35

Telephon: Oberschöneweide 558 u. 744



**In Süd und Nord,**  
in Ost und West:  
überall in Berlin erhalten Sie in den einschlägigen Geschäften die guten **Massary-Figatellen**. Ein Beweis für die Güte unserer Marken. **Urteilen Sie selbst!**  
**Kleine Massary 2/8**



# Städtische Mittel für private Schulen?

Um die Unterstützung der privaten Mädchenschulen durch Beihilfen aus Mitteln der Stadt wurde in der Berliner Stadtvorordnetenversammlung gestern lange gestritten. Daß einigen dieser Schulen jetzt die Beihilfe entzogen werden soll, stieß bei den Bürgerlichen, besonders bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf starken Widerstand. Man weiß ja, wie sehr gewissen Kreisen des Bürgertums daran gelegen ist, daß die Privatschulen erhalten bleiben, aber dabei den Eltern ein nicht zu hohes Schulgeld auferlegt zu werden braucht. Die Linke trat mit dem Magistrat für die Entziehung der Beihilfe ein — den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion begründete Genossin Niedger —, aber infolge der schwankenden Haltung der Demokraten, die bei der Abstimmung versagten, wurde die Magistratsvorlage abgelehnt. — Im letzten Teil der Sitzung gab es eine kommunistische Demonstration. Der von seinem Amt suspendierte kommunistische Stadtrat Leh, dessen von ihm beabsichtigte Antisubventionierung nicht genehmigt worden war, haile im Sitzungssaal sich am Magistratstisch niedergelassen. Das war formell unzulässig, und der vom Oberbürgermeister in Kenntnis gesetzte Vorsteher mußte Leh darauf aufmerksam machen. Gerade das hatten die Kommunisten gewünscht und bezweckt. Stadtvorordnete Dörr erging sich in einer Schimpferei gegen den Oberbürgermeister und kündigte Fortsetzung dieser Obstruktion an.

Die gestrige außerordentliche Sitzung, die an die Stelle der ausfallenden Donnerstagsitzung trat, beriet zunächst über die

## vorläufige Festsetzung der Gewerbesteuerzuschläge.

nachdem das Verlangen der Kommunisten, ihren Antrag wegen der Arbeitszeiterlängerung vorwegzunehmen, abgelehnt worden war. Die endgültige Festsetzung der Gewerbesteuerzuschläge sollte selbstverständlich der Festsetzung des Stadthaushalts für 1924 vorbehalten, da dieser noch aussteht, die Stadt aber auf die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nicht verzichten kann, fordert der Magistrat die Ermächtigung zur Erhebung von Vorauszahlungen mit 5000 Proz. Zuschlag vom Steuergrundbetrage nach dem Ertrage und 1000 Proz. Zuschlag vom Steuergrundbetrage nach der Lohnsumme. Die Ausschussmehrheit hat dem Magistratsvoranschlag zugestimmt. — In der Diskussion fanden sich die Deutschnationalen und die Kommunisten mit der Wirtschaftspartei in einem strikten absehenden Bunde einträchtig zusammen; auf der anderen Seite vertraten mit unserem Genossen Hermann Kunze auch die Deutsche Volkspartei und die Demokraten die Auffassung, daß hier das Allgemeininteresse unbedingt den Vorrang haben müsse und daß man der Stadt diese Einnahmequelle auch nicht zeitweise entziehen dürfe. Daneben hatte auch der Hauptsteuerdirektor Lange die Bedenken der Gegner zu zerstreuen gesucht. In namentlicher Abstimmung beschloß die Versammlung mit 110 gegen 63 Stimmen nach dem Magistratsvoranschlag. Nach einer Magistratsvorlage soll ein öffentliches Bedürfnis für das

## Bestehen der Privatlyzeen

Dr. Richter und Fred in Berlin, Kirstein, Boretius und Rusche in Charlottenburg, Schönborn in Schöneberg und des Elisabethlyzeums in Köpenick ab 1. April 1924 nicht mehr anerkannt werden; die Zahlung städtischer Zuschüsse würde somit mit Ende März 1924 einzustellen sein. — Um die Erhaltung dieser Privatanstalten und um die Fortdauer der städtischen Zuschüsse bemühten sich mit großem Eifer die Vertreter der bürgerlichen Parteien, insbesondere die Herren Herzog (Dnat.) und Dr. Caspari (D. Vp.), die alle genannten Anstalten weiter als notwendig anerkannt und weiter unterstützt wissen wollen, während Frau Ehlers (Z.) und Werten (Dem.) wenigstens einige derselben retten wollten. Für die unveränderte Annahme der Vorlage sprachen Genossin Niedger und der Kommunist Goh. Herr Dr. Caspari glaubte die Gelegenheit wahrnehmen zu müssen, um das Fehlen des Stadtschulrats Bausen, der am Montag in Urlaub gegangen sei, als eine Rücksichtslosigkeit zu brandmarken. Gen. Niedger fertigte Herrn Caspari mit seinem gleichmäßigen Ausfall gebührend ab, indem sie darauf hinwies, daß Bausen heruntergearbeitet und wegen Krankheit in Urlaub gegangen sei, sie verhehle auch nicht, Herrn Caspari daran

zu erinnern, daß der Kultusminister Boeckh zufällig an demselben Tage, wo die so folgenschwere Schulabbauperordnung erging, seine Urlaubstreife nach Teneriffa antrat. — Die Abstimmung hatte ein durchweg negatives Ergebnis: Der Antrag der Deutschnationalen auf Weiterunterstützung aller Anstalten fiel mit 90 gegen 88 Stimmen; die Anträge des Zentrums auf Unterstützung des Lyzeums Rusche, wie der Antrag der DVP auf Unterstützung des Lyzeums Richter fanden keine Mehrheit; und schließlich lehnte die Versammlung mit 87 gegen 82 Stimmen auch die Vorlage ab. Ueber die Frage, ob diese letztere Abstimmung zu Recht erfolgt sei, gab es noch einen erregten Disput zwischen Dr. Caspari und Genossen Dr. Bohmann. — Hierauf wurden die Vorlagen wegen

## Gründung einer Flughafen-Gesellschaft m. b. H.

und wegen Festsetzung der Straßenreinigungsbeträge für 1924 dem Haushaltsausschusse überwiesen. Vorsteher Haack: Der Oberbürgermeister hat mir mitgeteilt, daß Herr Leh im Saale erschienen ist, obwohl er nicht mehr Magistratsmitglied ist. Der Oberbürgermeister hat ihn aufgefordert, den Saal zu verlassen; er ist dieser Aufforderung nicht nachgekommen. (Bravo! bei den Kommunisten. Auf rechts: Schmeiß ihn raus!) — Ich bin der Meinung, daß Herren, die nicht Magistratsmitglieder und nicht Stadtvorordnete sind, nicht im Saale sein dürfen. Ich fordere deshalb

den Stadtrat Leh auf, den Saal zu verlassen.

(Stimmlicher Widerspruch bei den Kommunisten.) — Dörr (Komm.): In voriger Sitzung haben Sie (zur Rechten) das Ausschreiben von Leh aus dem Magistratskollegium nicht genehmigt, heute sind Sie dagegen, daß er als Zuhörer an der Sitzung teilnimmt, — welcher Widerspruch! Der Vorsteher hat übrigens keinerlei Hausrecht gegenüber einem Magistratsmitglied. Der Oberbürgermeister weiß sehr wohl, daß das Disziplinarverfahren gegen Leh sich bis zu den nächsten Stadtverordnetenwahlen hinziehen kann; man ist also darauf aus, die kommunistischen Wähler rechtlos zu machen. Wenn Leh sich hier informiert, tut er nur seine Pflicht. — Oberbürgermeister Böhm: Der Stadtrat Leh ist vom Amte suspendiert worden und hat kein Recht, hier zu erscheinen. Es war meine Pflicht, ihn darauf aufmerksam zu machen. Ich habe das getan; er hat meiner Aufforderung nicht Folge geleistet. Ich werde daraus die Konsequenzen ziehen. — Schumacher (Komm.): Auf diese korrekte Mitteilung unsere Antwort: Stadtrat Leh bleibt im Saal!

Diese Auseinandersetzung vollzog sich unter allgemeiner Erregung und Unruhe. Leh verhielt sich ruhig auf seinem Platz. Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, Leh im Magistrat weiter amtiert zu lassen, nachdem sein Ausschreiben von der Versammlung nicht genehmigt sei, stieß bei den Bürgerlichen auf Widerspruch. Während Genosse Heilmann inmitten des fortdauernden Tumults über die Ausschussverhandlungen zur Vorlage wegen Auflösung der Deputation für Arbeit und Gewerbe referierte, verließen die Bürgerlichen mit wenigen Ausnahmen den Saal, worauf Koch (Dnat.)

## Vertagung beantragt und die Beschlußfähigkeit bezweifelt.

Dieser Zweifel wird vom Bureau geleist, und Vorsteher Haack erklärte um 8 1/2 Uhr die Sitzung für geschlossen.

Unter den eingebrachten Anfragen befand sich auch eine der Deutschnationalen, welche die „Freie Volksbühne“ einer politischen antinationalen Agitation beschuldigt!

## Wiener Parlamentarier in Berlin.

Sonabend, den 22. d. M., hält der Österreichisch-Deutsche Volksbund um 7 Uhr abends im großen Sitzungssaale des Herrenhauses, Leipziger Str., seine Jahresversammlung ab. Anschließend wird im gleichen Saale eine große öffentliche Versammlung unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Lohde, um 8 Uhr beginnend, veranstaltet, in der der großdeutsche Abgeordnete Randsl der Wiener Nationalrat, der aristokratisch-sozialistische Vizepräsident des österreichischen Bundesrates Prof. Hugelmann und der Staatsminister a. D. Haentisch über die österreichische Anschließfrage sprechen. Die Veröffentlichung des

tschechisch-französischen Geheimvertrages, die schwebenden handelspolitischen Verhandlungen, sowie der Wiener Besuch des deutschen Reichskanzlers und des Außenministers geben der Rundgebung einen besonderen Hintergrund. Der Berliner Sängerverein (Cecilia Melodia) wird den Abend mit dem Vortrag weihnachtlicher Chöre einleiten.

## Der schleichende Mord. Zum Fall der Frau Biskur.

Eine frühere Krankenschwester steht im Verdacht, ihren ersten Mann, dessen Rutter und Bruder und auch ihren zweiten Mann mit Hilfe von Gift umgebracht zu haben. Wohlgemerkt: nur im Verdacht, und zwar weil die Erben das Testament, das sie zur Inhaberin eines großen Vermögens machen sollte, als gefälscht anfechten. Das mahnt zu besonderer Vorsicht. Vier Todesfälle hintereinander sind allerdings ein eigentümliches Zusammentreffen, doch nichts Außergewöhnliches oder Unmögliches.

Die Toten sollen Opfer eines vielfachen Giftmordes geworden sein. Auch das wäre nichts Außergewöhnliches: die Kriminalistik kennt die Frau als Giftmörderin nur zu gut. Der letzte Giftmord, der in Berlin mehr durch seine sexualpsychologischen Begleiterscheinungen Aufsehen erregt hat, als durch das Mordmittel, war der Fall der Freundinnen Klein und Rebbe. Wien durchlebte erst ganz vor kurzem aufregende Tage bei der Gerichtsverhandlung einer abligen Serbin als Giftmörderin. Von entscheidender Bedeutung wird im Berliner Fall die gerichtsarztliche Untersuchung der ergründeten Leichen sein. Sollte sich der Verdacht bestätigen, so würde ein Fall des Giftmordes aus Habgier vorliegen. Wie weit auch die sexuelle Konstitution der Verdächtigten misspielt, werden Untersuchungsrichter und psychiatrische Sachverständige zu beurteilen haben. Daß aber Giftmord und Sexualität in engstem Zusammenhang stehen, beweist der größte Teil der bekannten Giftmordprozesse der Vergangenheit.

Das Gift ist das Todeswerkzeug der Freigebit, der Hintertlist, der Schwäche. Ein alter indischer Ausspruch vergleicht die Frau mit der Schlange. Von der Schlange wird sie wohl das Gift haben. Gerächtslosigkeit, Unauffälligkeit, Gewaltlosigkeit und das Unblutige des Verfahrens ist dasjenige, was bei der Schwäche der Frau das Gift für sie zum beliebtesten Mordmittel macht. Der Giftmord ist ein Thema, das die Dichter immer wieder beschäftigt. In Dramen und Romanen bildet er nicht selten den Höhepunkt der konfliktreichen Entwicklung. Selbst in das Märchen spielt er hinein. Im Schneewittchen ist es der vergiftete Kamm und der vergiftete Apfel, der das Böse vollbringen soll. Es gab sogar so etwas wie Giftmord-epidemien. In das 17. Jahrhundert fällt in Vöiten der berühmte Fall der Lucrezia Borgia. In Deutschland ist der erste überlieferte Fall der der Sophie Urfinus, im Jahre 1799. Die Grete Beyer und die Massenmörderin Gelsche Gotfried sind die typischen Vertreterinnen dieser traurigen Kunst.

Man kann der Erforschung des Falles Biskur mit Spannung entgegensehen. Er scheint zu ungeheuerlich, als daß man an ihn leicht glauben möchte. Die Verdachtsmomente gegen die Frau müssen sich aber schon verdichtet haben, wenn sie noch vor Exhumierung der Leichen in Haft genommen werden konnte.

Wie aus Nürnberg gemeldet wird, wurde die Schlosserzimmern Eise Eckert und deren Stiefsohn Georg Hofmann, wohnhaft am Ludwigsfeld, wegen Verdacht des Giftmordes verhaftet und in Untersuchungshaft gebracht. Im Herbst v. J. hatte die Eckert einen Untermieter namens Schlerf, der 84 Jahre alt war, bei sich wohnen, der im November 1923 starb. Hofmann geriet später mit seiner Stiefmutter Eckert in Streit, was zur Folge hatte, daß er bei der Kriminalpolizei Anzeige dahin erstattete, daß er im Auftrage seiner Mutter im vergangenen Jahre giftige Pilze gesammelt habe, die diese dann dem Schlerf jeweils in gekochtem Zustande reichte, um ihn aus der Welt zu schaffen und alsdann in den Besitz seiner Kleider und Schuhe zu gelangen. Als sich auf den Genuß der Pilze nur Erbrechen einstellte, reichte die Eckert ihrem Mieter Rattengift, um auf diese Weise sicher ihr Ziel zu erreichen. Sie mischte dieses Gift unter Gemüse, und zwar stets nur einen Löffel voll. Die auf dem Südfriedhof bestattete Leiche des Schlerf wird exhumiert.

(Wachstum durch Welt-Verkehr, Berlin.)

# Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Mit dem Erreichen des Zieles war dieser Haß vergangen und Interesslosigkeit entstanden. Außerdem hatte er, wie Jürgen, längst die Erfahrung gemacht, daß jede verheiratete Frau dieser Kreise zu gewinnen war, wenn auch nicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt.

In Pensionen ging auch Jürgen, obwohl er seit Jahren verwitwet war, nicht mehr. „Diese Mädchen sind entweder arme Tierchen, nur auf Geld aus, also erotisch an uns völlig uninteressiert, folglich langweilig; oder sentimentale Unschuldslämmer, verglichen mit unseren Damen der Gesellschaft, die voller Herrenraffinements und zu allem imstande sind“, hatte er auf Adolf Einsheimers wiederholte Bitte, wieder einmal mit in den orientalischen Salon zu gehen, geantwortet.

Nach dem Mahle standen Jürgen und Seidel, in der Hand die Wokkafassen, abseits, zwischen sich die hohe Standuhr, deren Ticken das Gespräch für die noch an der langen Tafel sitzenden Borsianer unverfälscht machte, und Seidel nannte kurz den Grund seines Hierseins. Er sei gezwungen, den schon eingeleiteten Zusammenschluß einiger großer Bankinstitute zu paralysieren: seinerseits einen großen Finanzkongress zu organisieren.

Jürgen hatte einige Male genickt. „Ich selbst erwäge schon seit geraumer Zeit diesen Plan, habe auch schon vorgearbeitet. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der betreffenden Werte ist schon in meinen Händen.“ Er sah seine Gäste an. „Sag Leo Seidel an, „Man wird reicher und reicher . . . Wozu?“

„Man muß die Urprodukte, die Erdschätze, in die Hand bekommen. Die Kohle! Wer sie hat, kontrolliert schließlich die ganze Produktion.“

„Sag mal,“ begann nach einer Pause Jürgen entschlossenen Tones, zuckend mit der Schulter, als habe er sich selbst versichert, daß es ihm gleich sei, was Seidel über ihn wegen des folgenden denken werde, „weshalb eigentlich ist es nun dein Ziel, die Urprodukte, die Kontrolle über die ganze Wirtschaft in die Hand zu bekommen, oder, mit anderen Worten, der mächtigste Mann des Landes zu werden? Welche Idee

— hinaus über den Wunsch, persönliche Begierden jeglicher Art stillen zu können, was zu tun du ja schon längst imstande bist — verfolgst du dabei?“

Seidel blickte nachdenklich vor sich hin. „Macht um der Macht selbst willen? Oder die Erkenntnis, daß geschluckt wird, wer nicht selbst schluckt? Oder um deiner Kinder willen, wenn du welche hast? Das alles hat doch mit einer positiven Idee nichts zu tun.“

„Aber auch zur Erlangung der Kontrolle über Kohle, Brennstoffe, Erze wäre der geplante Zusammenschluß eine wesentliche Voraussetzung.“

„Und das Schicksal, indem damit, daß infolge der Konkurrenzjagd von Zeit zu Zeit ein Krieg und der Tod einiger Hunderttausend oder Millionen eben naturnotwendig, die Schattenseite sei, der aber die moderne Zivilisation als Plus gegenübersteht, ist doch ebenfalls keine tragfähige Grundlage für eine Idee, für eine Lebensordnung, mit der auf die Dauer der Mensch sich abfinden könnte, sondern, scheint mir, nicht mehr als eine peinliche Mischung von Fatalismus und Zynismus.“

Seidel, der gar nicht mehr zugehört hatte, zeigte ein flüchtiges Höflichkeitssächeln und schrieb etwas in sein Notizbuch. „Willst du mir nicht antworten? Oder weißt du keine Antwort auf meine Frage?“

Rückwärts an der langen Tafel war es plötzlich still geworden. „Ein Straßenmädchen ging mit einem Juden . . .“

„Das Räthselchen deiner Mutter steht noch in meinem Bodenraum. Erinnerst du dich? Das sind jetzt zwanzig Jahre her.“

„Ich erwarte dich also morgen im Hotel oder bringe dir die Unterlagen in die Bank.“

Das Lachen des Herrn Hommes plagte wie das dunkle Brüllen einer Autobuße in die Stille. „Renn ihn schon! Aber erzähle Sie nur weiter.“

Auch einen großen Teil der Produktion chemischer Artikel würden wir kontrollieren, falls die Fusion zustande käme.“ Seidel nannte die Fabrik, Gesamtzahl und Kursstand der Aktien, von denen die in Frage stehenden Banken nach der Fusion die Mehrheit haben würden.

Jürgen blickte nach rückwärts auf die acht graueichen Hinterköpfe, denen gegenüber acht weinrote Gesichter im Zigarrensalon hingen. „Ja, wir könnten für viele chemische Artikel, Farben und vor allem für die wichtigsten Arzneimittel die Preise bestimmen . . . Gewiß keine Kleinigkeit!“

Herr Wagner ergriff den Arm des Herrn Hommes, deutete mit dem Daumen über die Schulter zurück auf Seidel: „Er hat verdient.“

„Ich weiß eine andere Fassung: Der selbe Jude kommt in ein Bordell . . .“

„Kenn ich!“ rief Herr Hommes und brüllte los. Seidel erwähnte die Krankheit, von der die Arbeiter dieser chemischen Fabrik befallen wurden. Es sei sehr schwer, Leute zu bekommen. Nur durch hohe Gehaltsprämien ließe sie an die Stedleffel heranzubringen. Diese Geschichte habe sogar schon auf den Kurs gedrückt.

„Ich hörte davon. Die Leute werden gelb. Es ist aber keine Gelbfucht. Auch alle Schleimhäute entzündeten sich. Schwere Augenkrankheiten! Die Arbeiterinnen bekommen keine Kinder mehr, werden vollkommen steril.“

„Und eines Tages war die Pleite da.“ schloß der Fabrikant, der die Villa voll gotischer Holzplastiken besaß. „Eben eine zu gewagte Spekulation!“

„Nein, nein, es fehlt nichts,“ antwortete Herr Wagner beruhigend auf Jürgens Frage. Und zu Herrn Hommes: „Womit? Das mußt du dir von ihm selber verraten lassen. Ich sag nur: er hat verdient.“

„Daß die Leute diese unheimliche Krankheit bekommen, weil Schußapparate nicht in Betrieb gesetzt werden, ist ein bißchen bedrückend für denjenigen, der die Aktien besitzt und die Dividenden bezieht.“

Seidel zeigte sein flüchtiges Lächeln. „Möchtest du zusammen mit mir wieder einen Bund der Empörer gründen? . . . Noch eine Sekunde!“ bat er und zog Jürgen wieder neben die Standuhr. „Weshalb ich außerdem hierhergekommen bin. Kannst mir vielleicht einen Rat geben. Ich möchte — es leben ja auch noch viele Leute hier, die meine Eltern gekannt haben; aber auch sonst! — ich möchte eine Stiftung machen. Säuglingsheim, Krankenhaus oder ein Kunstmuseum. Meiner Heimatstadt, weißt du!“

(Fortsetzung folgt.)



### Drei Todesurteile.

#### Der Mord an dem Schneidermeister Albach.

Der Raubmord, dem in der Silvesternacht 1922/23 der Schneidermeister Albach zum Opfer fiel, gelangte heute vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bandmann im großen Schwurgerichtssaal zur Verhandlung. Die Angeklagten wegen Raubmordes sind der frühere Kaufmann Unger, der Gelegenheitsarbeiter Wilhelm Ramsfeld, der Gelegenheitsarbeiter Skowronek und der Gelegenheitsarbeiter Wilhelm Böger. Die vier Angeklagten sind heruntergekommene Personen, die sich im Nachtlohn, hauptsächlich im Café Dalles und Volkskaffeeanstalten aufhalten.

In zerlumpte Kleidern gingen sie paarweise auf die Höfe, um zu singen und zu betteln. Am ersten Weihnachtstage erschienen Unger und Böger auch auf dem Hofe des Hauses Helmholtzstraße 21 zu Charlottenburg, in dem Albach im Hofgebäude eine Zweizimmerwohnung innehatte. Albach rief die jungen Leute zu sich hinauf. Am 30. Dezember erschienen auch Ramsfeld und Skowronek, die inzwischen von den anderen beiden unterrichtet worden waren, auf dem Hofe als Sänger. Wie erwartet war rief Albach auch diese zu sich hinauf. Alle vier blieben nun in der Wohnung. Man aß, trank, spielte und vergnügte sich auf jede Weise. Ein Kunde, der am Silvestertage bei Albach war, warnte diesen vor den ihm verdächtig erscheinenden, scheuen Gestalten. Albach erwiderte ihm aber, es seien alles prächtige, junge Leute, die nichts Böses im Schilde fährten. Tatsächlich hatten die vier Kumpane aber längst verabredet, hier einen Raub auszuführen. In der Silvesternacht schlüpfen sie alle vier in das Schlafzimmer zu Albach und stürzten sich gleich auf den Schlafenden. Man steckte ihm gleich einen Knebel in den Mund und fesselte ihn mit Bindfäden. Als Albach trotzdem um Hilfe schrie und rief, wurde der Knebel tief in den Hals gestochen und Rissen über den Kopf geleitet, so daß er erstarrte. Erst als sich die Mörder überzeugt hatten, daß Albach tot war, ließen sie von ihrem Opfer ab und zogen sich dann neue Sachen an, die sie später im Café Dalles gegen andere Kleidung umtauschten, packten Stoffe und andere wertvolle Sachen zusammen und verließen dann die Wohnung.

Die Angeklagten, die im Alter von 21—27 Jahren stehen, sind sämtlich vorbestraft. In der Hauptsache wegen Diebstahls, Bettelens und Landstreichens. Nach Verkündung des Anklagebesehusses erhebt A. U. Dr. Brandt Protest gegen die Zuständigkeit der Strafkammer in einer Sache, die vor das Schwurgericht gehört. Er zweifelt die Rechtsgültigkeit der Verordnung. Das Gericht jedoch wies den Einspruch zurück und erklärte die Strafkammer auf Grund des Ermächtigungsgesetzes für zuständig. Sodann beginnt die Vernehmung der Angeklagten durch Landgerichtsrat Bandmann. Eine bemerkenswerte Antwort kommt, als der Vorsitzende den Angeklagten Unger fragt, was er sich gedacht hat, als er dem alten Mann den Knebel tief in den Hals steckte und ihm das Kopfschloß auf das Gesicht gedrückt hat. Angekl.: Ich habe mir gar nichts gedacht. Das sieht man im Theater und Kino auch sehr oft, ohne daß etwas Schlimmes passiert. Vor.: Es handelt sich um einen Mann, der Sie aufgenommen und Ihnen noch einmal die Hand geboten hatte, ein anderes Leben einzuschlagen. Hätten Sie da nicht Gewissensbisse, ihm eine solche Behandlung angedeihen zu lassen? Angekl.: Ich habe nicht angenommen, daß er erlösen würde. Vor.: Auch dann mußten Sie das Gefühl haben, gemein zu handeln an einem Manne, der Ihnen nur Liebes getan und Ihnen eine Weihnachtsgabe machen wollte. (Nach einer Pause): Sie schweigen, das genügt. Der zweite Angeklagte Böger bestreitet ebenfalls, die Missetat begangen zu haben. Albach zu ihm. Er habe auch nur des Risses aufgedeckt, um Schreien zu verhindern. Nachher habe ihn Unger abgefaßt. Er will weiter nichts getan haben und mit den anderen dann weggegangen sein, gibt allerdings zu, auch ein Paket mitgenommen zu haben. Der Ankläger Ramsfeld gab auf Befragen zu, daß Unger sich wie ein Wilder auf den alten Mann geworfen hat. Staatsanwaltschaftsrat Latte hielt durch die Beweisaufnahme für erwiesen, daß die Angeklagten planvoll und mit Ueberlegung vorgegangen seien. Ihr ganzes Vorgehen sei eine Scheußlichkeit; er beantrage, alle vier Angeklagten wegen Raubmordes zum Tode zu verurteilen. Justizrat Holzen und Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt hielten die Vorabsicht für nicht erwiesen. Nach längerer Beratung verurteilte Landgerichtsdirektor Bandmann das Urteil. Die Strafkammer ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Angeklagten den Tod des Albach gewollt haben. Sie haben sich von ihrem Tun auch nicht dadurch abhalten lassen, daß es sich um ihren Wohlthäter und Gostfreund handelte. Die ersten drei Angeklagten haben mit Ueberlegung gehandelt. Der vierte Angeklagte ist ein minderwertiger Mensch. Das Gericht hat bei ihm erwachten Totschlag angenommen. Die Angeklagten Unger, Böger und Ramsfeld werden deshalb wegen Mordes und Raubes zum Tode und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Angeklagte Skowronek wird wegen erwachten Totschlags zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Die Angeklagten ließen sich ruhig abführen, nachdem sie noch mit ihren Verteidigern wegen der Revision Rücksprache genommen hatten.

### Sieben neue Straßenbahnlinien.

Die Berliner Straßenbahn-Betriebsgesellschaft m. b. H. teilt mit, daß ab 31. März folgende Linien neu eingelegt bzw. verändert und verlängert werden: Linie 21, Brig. Germaniapromenade über Reußhain, Hermannstr., Halensheide, Büchelerstr., Hallesches Tor, Königsgräber Str., Potsdamer Platz, Brandenburger Tor, Rottkebrücke, Kriminalgericht, Rathenower Str., Wilhelmshagenener Str., Ede Turmstr. — Linie 35, Egererstr. Ede Badstr. über Brunnenstr., Rosenthaler Platz, Weinmeisterstr., Münsstr., Alexanderplatz, Alexanderstr., Brückenstr., Neanderstr., Prinzenstr. (Morphplatz), Altkirchner Str., Hallesches Tor, Belle-Alliance-Str., Tempelhofer Platz, Berliner Str., Kaiserin-Augusta-Str. — Linie 45, Niederschönhausen, Friedensplatz über Bismarckplatz, Lindenstr., Kreuzstr. (zurück Schönholzer Str.), Borsdorfstr., Prinzenallee, Panitzsch, Reiterbedplatz, Weddingplatz, Fennstr., Berleberger Str., Stromstr., Turmstr., Goltzowbrücke, Marchstr., Anie, Wilhelmshagenener Str., Brandenburger Str., Augustastr., Hildensardstr., Kaiserallee, Steglitz, Schloßstr., Bf. Steglitz, Ruhlig's Hof, Birbuschstr. Ede Siemensstr. — Linie 53, Bf. Heerstraße über Kaiserdamm, Anie, Hardenbergsstr., Lauensteinstr., Kleiststr., Kollendorferplatz, Bülowstr., Potsdamer Str., Potsdamer Platz, Reiziger Str., Charlottenstr., Behrenstr. Ede Friedrichstr. — Linie 63, Brig. Germaniapromenade über Reußhain, Hermannstr., Steinmühlstr. (zurück Zietzenstr.), Berliner Str., Fußballstr., Kaiser-Friedrich-Str., Panitzsch, Glogauer Str., Grünauer Str., Götlicher Bf., Waldemarstr., Wabersstr., Köpenicker Str., Andreasstraße, Stroussberger Platz, Stroussberger Str., Landsberger Platz, Friedenstr., Königsgräber, Greifswalder Str., Antonplatz, Bangharnstr., Krügerstr., Hummerplatz, Bappelssee, Riontschplatz, Veteranenstr., Invalidenstr., Steiner Str. — Linie 95, Schöneberg, Eichenacher Str. über Hauptstr., Kaiser-Wilhelms-Platz, Kolonnenstr., Dreißendstr., Rohbachstr., Nordstr., Belle-Alliance-Str., Büchelerplatz, Büchelerstr., Halensheide, Hermannplatz, Kaiser-Friedrich-Str. Ede Teupizer Str. — Linie 82, Stralauer Kirche über Alt-Stralauer, Stralauer Allee, Mühlentstr., Fruchtstr., Schleißer Bf., Bressauer Straße, Holmarstr. In der Stralauer Brücke, Neue Friedrichstr., Stralauer Str., Mollenmarkt, Mühlentdomm, Köhn, Fischmarkt, Spittelmarkt, Leipziger Str., Jerusalem Str. bis Krausenstr. Ede Dönhofsplatz. — Folgende Linien werden verlängert bzw. verändert: Linie 32, Reinickendorf, Rathaus wird bis zur Reußhain, Hermannstr. Ede Knebebedstr. verlängert auf dem Wege über Universitätsstr., Dorothienstr., Unter den Linden (Stuhmann), Französischer Str., Charlottenstr., Kochstr., Margrafenstr., Lindenstr., Belle-Alliance-Platz, Hallesches Tor, Büchelerstr., Halensheide, Karlsgartenstr., Bismarckstr., Hermannstr. (zurück ganze Hermannstr.). — Linie 41, Reinickendorf, Rathaus wird bis zur Kreuzbergstraße weitergeführt über Gneisenaustraße, Belle-

Allianz-Straße und Kreuzbergstraße. Linie 13, Goltzowstr. — Straße, Ede Turmstraße, wird vom Spittelmarkt anhalt nach Stralauer über Mollenmarkt, Stralauer Straße, Schleißerstraße, Blumenstraße, Grüner Weg, Köpenicker Platz, Königsgräber Straße, Frankfurter Allee bis Bahnhof Frankfurter Allee geführt.

### Betriebsunfall auf dem Viehhof.

#### Fünf Arbeiter verletzt.

Ein schwerer Betriebsunfall hat sich gestern auf dem Zentralviehhof ereignet. Im Schlachthof D wird zurzeit eine neue Röhrlanlage eingerichtet. Als mittags gegen 1 Uhr die mehrere Zentner schwere aus zahlreichen Röhren bestehende Röhrlanlage durch zwei Flaschenzüge hochgehoben wurde, gaben die Flaschenzüge plötzlich nach und die gesamte Anlage stürzte mit lautem Getöse vornüber. Dabei wurden fünf Arbeiter unter dem Röhrengewirr begraben. Nachdem man sie befreit hatte, wurden zwei von ihnen, der 55 Jahre alte

### Öffentl. Wählerversammlungen

Donnerstag, den 27. März, abends 7 1/2 Uhr:

Baumjulenweg: Zentrum Baumjulenstraße. Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahl.“ Referent: Genosse Eduard Bernstein. Freie Ansprache.

Wilmersdorf/Halensee: In den Florajäden in Halensee, Johann-Georg-Str. 20. Tagesordnung: „Was lehrt uns der Hitler-Prozess?“ Referent: Gen. Ernst Reichshausen, ehemaliger bayerischer Abgeordneter.

Alle Genossen und mit uns Sympathisierende müssen erscheinen.

Städtische Arbeiter Wilhelm Kaefer aus der Capriolstraße 3 und der 20 Jahre alte Tischlermeister Friedrich Scherwin aus der Blumenhalstraße 13 nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschickt. Der erstere hatte einen Bruch des rechten Unterschenkels, der letztere innere Verletzungen davongetragen. Die drei anderen städtischen Arbeiter, der 41 Jahre alte Gustav Behl aus der Diebichstraße 15, der 38 Jahre alte Karl Müller aus Stankenburg und der 40jährige Wilhelm Rosenfeld aus der Prenzlauer Allee 187, konnten nach Anlegung von Verbänden nach ihren Wohnungen transportiert werden. Sie waren mit Fuß-, Bein- und Kopfverletzungen davon gekommen. Die Schulfrage bedarf noch der Klärung.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt dazu mit: Zur Schaffung einer neuen Röhrlanlage auf dem städtischen Schlachthof wurde durch eine beauftragte Firma ein Röhrlsystem montiert. Ein Monteur der Firma leitete die Aufstellung, wobei ihm Handwerker der Schlachthofverwaltung zur Seite standen. Aus bisher noch nicht festgestellten Ursachen rissen zwei Flaschenzüge. Das Röhrlsystem neigte sich zur Seite. Die arbeitenden Leute wurden zur Seite gedrückt, wobei drei verletzt wurden. Zwei der Verletzten wurden nach dem nahen Krankenhaus am Friedrichshain befördert und dort sofort in ärztliche Behandlung genommen. Es ist anzunehmen, daß die Verletzungen nicht schwerer Natur sind.

### Eine völkische Schimpfkanone.

#### Antisemitismus soll „glühende Vaterlandsliebe“ sein?

„Der Vater eines zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Raubmörders kann gar nicht beleidigt werden.“ mit diesen Worten verteidigte sich in sehr erregter Weise der wegen Beleidigung des Leiters der politischen Polizei Oberregierungsrat Weiß angeklagte cand. jur. Reduhr gestern vor einer Abteilung des Amtsgerichts Mitte.

Der Angeklagte hatte eine Vorladung vor die politische Polizei erhalten und hatte in einem Schreiben geantwortet, daß er es als deutschpöhlischer Mann ablehne, mit der Abteilung in Verhandlung zu treten, solange an deren Spitze „Häber“ Weiß stehe. Vor Gericht erging sich diese Beichte der Völkischen in kaum wiederzugebenden antisemitischen Anpöbelungen des Oberregierungsrats Weiß, die vom Vorsitzenden des Gerichts mit einer ganz ungewöhnlichen Langmut angehört wurden. Bei der großen Erregung des Angeklagten fragte der Amtsrichter ihn mehrmals, ob er vielleicht Erregungszustände infolge einer Kriegsverletzung habe. Der Angeklagte verneinte das, da er gar nicht im Felde gewesen sei. Er sei Vorhänger des „Deutschen Herold“ gewesen und nur Hassler des Judentums. Dann fuhr er in feiner Schimpferei fort. Da der Angeklagte aus politischen Gründen gehandelt habe, wolle der Staatsanwalt nur eine Geldstrafe beantragen und mit Rücksicht auf seine Vermögenslosigkeit nicht mehr als hundert Mark. Der Angeklagte bot, gegen ihn auf eine Freiheitsstrafe zu erkennen. Der Richter sah in den Sätzen des Verleumders die Absicht der Mißachtung, nahm aber zugunsten des Angeklagten an, daß er aus glühender Vaterlandsliebe gehandelt habe. Das Gericht hätte an sich auf eine Geldstrafe erkannt, habe aber dem Wunsch des Angeklagten Rechnung getragen und auf eine Haftstrafe von 10 Tagen erkannt, damit der Angeklagte die Möglichkeit der Berufung habe. An sich habe der Angeklagte auch eine Haftstrafe verdient, denn Männer, die im öffentlichen Leben stehen, müssen gegen derartige Angriffe geschützt werden. Das Gericht bewilligte dem Angeklagten gegen Zahlung einer Buße von hundert Mark Bewährungsfrist. (Wie wir mitteilen können, ist Oberregierungsrat Weiß von der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums, worauf der Angeklagte in seinen Einleitungsworten anspielte, nicht der Vater des am Sonnabend wegen des Raubmordes in Zabuz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Kaufmannslehrlings Kurt Weiß, steht mit demselben auch in keinerlei verwandtschaftlichen Beziehungen.) Wirklich ergreifend ist die Rücksichtnahme des Staatsanwalts auf das leere Portemonnaie dieses völkischen Schimpfkanoniers. Wenn aber der Gerichtsvorfisende bei einem Vorfisenden, der selbst noch an Gerichtsstelle es wagt, einen hohen Polizeibeamten grundlos zu verdächtigen, glühende Vaterlandsliebe entdecken will, dann wird es offensichtlich auch gegen diese Art neupreußischer Gerichtsauffassung noch eine Möglichkeit der Berufung geben.

### Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 26. März.

Tageseinstellung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. Nachm. 4.30 bis 6 Uhr: Unterhaltungsmusik.

4 Uhr: Kindervortrag (vom Besteln und Bauen). 4.30—5 Uhr: Unterhaltungsmusik. 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Prof. Hennig: „Die Stellungnahme des Auslands zu der Lage von der deutschen Kriegsschuld.“ 8.30 Uhr: III. Sonderveranstaltung der Funktunde A.-G. Mattia Morro, Primor Bariton del Gran Teatro Linceo de Barcelona, und Alfred Lichtenstein. 1. Fantasie aus der Oper „Die Königin von Saba“ von Frits Goldmark (Frits Wennes, auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium). 2. Konzertstück von Chaminado (Alfred Lichtenstein, Flöte). 3. Aria de „Don Pasquale“ von Donizetti (Mattia Morro). 4. a) Adagio aus dem Flötenkonzert von Friedrich der Große; b) Gavotte aus der Suite von Alfred Lichtenstein (Alfred Lichtenstein, Flöte). 5. a) Aus aller Herren Länder von Moszkowsky; b) Intermezzo, op. 73 von Brahms (Frits Wennes, auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium). 6. Drei Canciones espanolas (Mattia Morro). Am Flügel: Kapellmeister Otto Ursack.

### Rezeptformulare.

Für die Berliner Schwindler- und Betrügerclique hat sich ein neues Feld der Betätigung eröffnet. Wie uns die A.D.R. Berlin mitteilt, müssen infolge des Verfalls der Behandlungen von den Patienten bar bezahlt werden. Diese Tatsache machen sich Rezeptformulare zunutze, indem sie Rechnungen auf irgend welchen Formularen ausstellen und dieselben bei der Kasse zur Rückerstattung des Geldes vorlegen. Bei der A.D.R. Berlin sind jetzt schon über 10 solcher Fälle verhaftet worden. Die Hauptursache dabei sind die Ärzte, die die umständlichsten Schnitzel ihres Papierkorbes als Rezeptformulare gut genug für eine Krankenkasse halten.

In der heutigen Charlottenburger Bezirksversammlung kommt die bekannte Angelegenheit des deutschen nationalen Stadtverordneten Fedler zur Sprache, dem vorgeworfen wird, daß er sein Ehrenamt als Stadtverordneter im Wohnungsausschuß auf privatrechtliche Zwecke ausgenutzt hat. Es liegen dazu Anträge unserer Genossen und auch der Demokraten vor. Man kann sich auf eine lebhafte Debatte gefaßt machen.

Verurteilt wird seit dem 4. März 1924 der am 5. April 1886 geborene Schneidermeister Moriz Runge. A. trug zuletzt einen Rarengaleot mit Samtkragen, grauschwarzfarbten Jackett und Weste, dunkelgestreifte Hose, schwarze Schuhschäfte, graue Socken, grauarminen, weißen Hut. Er hat graue Haare, hohe Stirn, tiefliegende Augen. Besonderes Kennzeichen ist eine Narbe am rechten Oberarm. Etwaige Mitteilungen sind zu richten an Frau Nina Runge, Berlin NW 8, Marienstr. 29, vorn 4 Tr. oder an jedes Polizeirevier.

Selbstmord auf dem Grab der Schwester. Auf dem Friedhof in Mariendorf hat sich ein junger Mann, namens Otto Reiger, wohnhaft Mariendorf, Sanktuytrage, auf dem Grabe seiner Schwester durch einen Schuß in die Schläfe getötet.

Die Oeffnungszellen der städtischen Bäckereien im Bezirk Charlottenburg für das Publikum sind vom 24. März ab anderntellig wie folgt festgelegt: Hauptbäckerei Wilmersdorfer Str. 106/87: Bäckerausgabe abm. Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10 bis 2 und 4 bis 8 Uhr. Mittwoch geschlossen, Sonnabend von 12 bis 3 Uhr. Lese-saal: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10 bis 2 und 4 bis 8 Uhr, Mittwoch geschlossen, Sonnabend von 10 bis 3 Uhr. Zweigstellen „D.R.“: Wormser Str. 6a, und „Nord“, Kaiserin-Augusta-Allee 80: Montag, Mittwoch, Freitag von 3 bis 8 Uhr, Dienstag, Sonnabend von 2 bis 2 Uhr. Donnerstag geschlossen.

Englisch und Französisch: Anfang April beginnen in der Sprachen-Schule für Proletarier die für das Sommerhalbjahr geplanten neuen Abendkurse in Englisch und Französisch für Kolonisten ohne Vorkenntnisse und solche mit Vorkenntnissen. Die Kurse finden wie bisher im Zentrum und in Reußhain statt. Anmeldungen: Donnerstag, den 27. März, Freitag, den 28. März, abends von 6—9 Uhr, und Sonnabend, den 29. März, abends von 5—7 Uhr, in der Gemeindefabrik, Altkirchner Str. (Nähe Bahnhof Mitte). Desgleichen am Montag, den 31. März, abends von 6—9 Uhr, in Reußhain, Cobdenstr. 62/68 (Nähe Hauptstr.).

Werkwerte ersiehender Kunst. Unter diesem Titel findet am Donnerstag, den 27. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulula Kassestr. 31 der dritte literarische Vortragabend (Kleist, Storm, Jean Paul, G. Keller, Illenroth) von Dr. Drach, Rektor an der Universitäts-Bibliothek, statt. Karten zum Werte von 20 Pf. sind im Bezirkamt Friedrichshain, Markstr. 49, beim Richter und an der Abendkasse zu haben.

Sprechklub für proletarische Arbeiter. Morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: Übungskunde im Gesangslokal der Sonbenschule Weinmeisterstr. 16/17. Der Text „An die Erde“ ist mitzubringen.

### Jugendveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, den 26. März, 7 1/2 Uhr:

Friedrichshain: Berliner Str. 45, Diskussions-„Bundversammlungen.“ — Ratow: Adolf Ann Panfavela, Panfavelastraße, Mitgliederversammlung. — Kaulsdorf: Schule Wolfstraße 25, Wilhelm-Busch-Arena (mit Lichtbildern). — Kaulsdorf: Schulstraße, Diskussions-„Gemeinschaftsleben.“ — Hiltberg-Rede: Jugendheim, Poststraße 22, Vortrag: „Die neue Schule.“ — Hiltberg-Rede: Jugendheim Poststr. 10, Vortrag: „Die deutschen Gewerkschaften.“ — Kreuzberg: Mittelschule Markstraße, Vortrag: „August Bebel Leben und Wirken.“ — Kollnsee: Schule Sankt-Georg-Str. 54, Vortrag: „Die Grundgesetze der Volkswirtschaft.“ — Reinickendorf: Bf. Rindbergr. August-Willmar-Str. Vortrag: „Die S.W. und die Republik.“ — Schöneberg: Bf. Bf. Schule Sonnenburger Str. 29, Vortrag: „Pariser Kommune.“

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Kolonienklub Ost-Berlin. Mittwoch, den 26. März, abends 7 1/2 Uhr, Jugendheim Lindenstr. 2 (2. Hof III), Monatsversammlung Vortrag von Fritz Heden über „Kollabor, Liebesleben und Erziehungsfragen.“ Gäste willkommen.

„Gleichheit“ im Sozialverein. Donnerstag, den 27. März, 8 Uhr, in der Schulula, Friedrichstraße 129 (Nähe Hauptstr. Charlottenburger Tor). Vortrag von Prof. D. u. m. a. n. n über: „Der Wille zur Ehe in der modernen Gesellschaft.“ Freie Aussprache. Eintritt 50 Pf. Gäste haben Zutritt.

### Briefkasten der Redaktion.

W. S. L. Ja. Die Aufwertungsbestimmungen sind aber nicht zwingender Natur. Die Beteiligten können also abweichende Vereinbarungen treffen. 2. Auf 15 n. S. des Goldmarkbetrags. Bezüglich der ersten Depothes gilt der Hauptbetrag als Goldmarkbetrag. Hinsichtlich der 2. Depothes muß der Goldmarkbetrag mit Hilfe des letzten amtlich notierten Berliner Markwerts für den Betrag festgesetzt werden. 3. Vom 1. Januar 1923 ab. — W. S. L. 100, 1 n. 4. Nein. 2. Ja. 2. Die Steuer richtet sich nach dem Gewerbesteuertrag und nach dem Gewerbesteuertrag. Ferner kommt noch die Lohnsummensteuer in Betracht. — S. S. Nr. 12. 1. Der Gewerbesteuer. 2. Kaufende Inlandbesitzer. — S. S. Nr. 24. 1 bis 3. Oekologische Bestimmungen werden darüber nicht. 4. Nein. — W. S. L. 100, 1 n. 2. Ruhestandenden kann man sich jeder Weise in soweit schließen lassen, als der Mann nicht das Maß des Ertragslichen übersteigt. Nur wenn dies nicht der Fall ist, kann Klage auf Beseitigung der Störung gegen den Vermieter erhoben werden. 3. Dazu ist die besonntliche Ermahnung erforderlich. 4. Dagegen können Sie nichts unternehmen, es sei denn, daß der Mann das Maß des Zulässigen übersteigt, was aber nicht anzunehmen ist.

Achten Sie auf diese Schutzmarke!

Continental Regenmantel für Damen, Herren, Kinder. In einschlägigen Geschäften erhältlich.

Continental Regenmantel

So gut wie Continental-Reifen!



# Wirtschaft

## Mißglückte Frank Spekulationen.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Nicht nur die internationalen Devisen- und Effektenbörsen, sondern auch die großen Weltmärkte für Metalle, Getreide, Textilrohstoffe und Kolonialwaren sind bis zu einem gewissen Grade in den Kampf hineingezogen worden, der sich in den letzten Wochen zwischen der Bank von Frankreich und der internationalen Devisenspekulation abgepielt hat. Das Effektengeschäft wie der Warenhandel stehen besonders in der heutigen Zeit in ziemlich enger Berührung mit den Devisenmärkten. Diese Berührung wird noch dadurch verstärkt, daß die Besucher der Wertpapier- und Warenbörsen sehr leicht der Versuchung erliegen, sich am Devisenhandel stärker zu beteiligen, als es ihr eigenes Geschäft erfordert. Zweifellos ist z. B. der Importeur von Baumwolle, Kupfer, Kaffee oder anderen Weltmarktartikeln geneigt, bei jedem Abfluß, der er in einer dieser Waren erleidet, auch gleichzeitig Devisenoperationen vorzunehmen, durch die er sich rechtzeitig die zur Bezahlung der Waren notwendigen ausländischen Zahlungsmittel sichert. So hat sich auch diesmal ein großer Teil des internationalen Warenhandels verleiten lassen, an der allgemeinen Devisenspekulation in französischen Franks teilzunehmen. Aus Wien, Amsterdam, London und anderen großen Plätzen kommen Nachrichten über ungeheure Verluste, die den Berufsmäßigigen und den gelegentlichen Devisenspekulanten durch die plötzliche Aufwärtsbewegung der französischen Valuta entstanden sind. Die deutsche Volkswirtschaft ist durch diese Vorgänge ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Wenn deutsche Firmen an der Frank Spekulation Verluste erlitten haben, so verdienen sie gewiß kein Mitleid, denn sie haben am Frank nur das versucht, was sie jahrelang mit der Mark zum Schaden des Volkes erfolgreich treiben konnten. Es ist Unsinn, wenn französische Stimmen laut werden, die behaupten, die deutschen Banken hätten auf Verabredung und mit gewissen politischen Absichten diese Devisenspekulationen eingeleitet. Es mag sein, daß gewisse psychologische Momente eine Uebereinstimmung der spekulierenden Kreise erzeugt haben. So wenig aber diese Kreise Rücksicht auf das eigene Vaterland nahmen, als sie die Mark zugrunde legten, so wenig sind sie durch politische Motive bestimmt worden, diesen Versuch am Frank zu wiederholen.

Das Tun und Lassen der Devisenspekulanten wird lebhaft bestimmt durch eine skrupellose Bereicherungssucht, die weder patriotische Ideale, noch vaterländische Rücksichtnahme kennt. Allerdings ist nicht zu leugnen, daß eine Frank Spekulation in Deutschland erst seit der Zeit einsetzte, wo verschiedene führende Staatsmänner durch vielleicht gar nicht für die breitere Öffentlichkeit bestimmte Äußerungen die Auffassung bekundeten, daß der Frank der Entwertung anheimfallen werde. Derartige Äußerungen wurden eine Zeitlang in Börsekreisen sehr kopiert und sicher stark einstellt und übertrieben. Man glaube, daß eine Devisenspekulation in Franks eine absolut sichere Sache sei und beachte nicht, daß die französische Währung bei weitem nicht so schwer infiziert ist, wie es ebendieser der russische Rubel oder die deutsche Mark war. Man unterschätze ferner die Hilfsmittel der Bank von Frankreich und das starke Interesse, das besonders Amerika an einer Stabilität der französischen Währung hat. Läßt man alle politischen und moralischen Gesichtspunkte beiseite, so bleibt doch die Beteiligung deutscher Finanzleute an der Frank Spekulation eine bodenlose geschäftliche Dummheit. An der deutschen Volkswirtschaft ist aber mit diesen Spekulationen geradezu ein Verbrechen begangen worden.

Der Laie wird sich fragen, wie trotz aller gesetzlichen Beschränkungen des Devisenverkehrs eine Beteiligung deutscher Kreise an der Frank Spekulation überhaupt möglich war. Leider ist nichts einfacher als das. Den verschiedenen Devisenverordnungen unterliegt nur der Handel in ausländischen Zahlungsmitteln gegen deutsche Valuta. Der sogenannte Usanohandel, d. h. der Laufschere in Devisen, ist auch an deutschen Börsen vollkommen frei. Wenn man also Dollar, Gulden oder englische Pfunde besitzt, so kann man dagegen ganz beliebig französische oder belgische Franks eintauschen. Umgekehrt kann man Franks gegen Dollar und Pfunde verkaufen — selbst wenn man die Franks nicht einmal besitzt. Hierin liegt die Wurzel alles Übels. Es sind an den deutschen wie ausländischen Börsen in den vergangenen Wochen große Beträge französischer Franks von Leuten verkauft, die solche gar nicht besitzen. Man hoffte die schuldigen Summen bei

Wälzwerken zu wesentlich günstigeren Kursen anschaffen zu können. Als die Aufwärtsbewegung des Frank einsetzte, mußten die Baisiers sich schleunigst eindenken, hierdurch entstand am internationalen Devisenmarkt jene ungeheure Nachfrage nach französischem Gelde, die im Verlaufe weniger Tage einen Rückgang des englischen Pfunds an der Pariser Börse von etwa 120 auf unter 80 Frank hervorrief. Nach heute bestehen sehr große Verpflichtungen zur Lieferung von Franks, deren Deckung im Augenblick gar nicht möglich ist, weil die entsprechenden Summen französischen Geldes nicht zu beschaffen sind. Die Bank von Frankreich hat nämlich nicht nur den Kurs des Frank in die Höhe getrieben, sondern sie hat mit großem Geschick eine sogenannte „Kassenschwänze“ hervorgerufen, d. h. sie hat durch größte Einschränkung der Kredite und Verlangsamung der Auszahlungen den gesamten internationalen Devisenmarkt in größte Verlegenheit gebracht, so daß heute selbst in Paris und bei den großen Banken die Auszahlung größerer Summen von Franks auf Schecks und Wechsel sich tagelang verzögert. Die Verluste, die hierdurch den Devisenspielern entstanden sind, gehen ins Ungemessene. Unparteiische Beobachter sind der Meinung, daß die schlimmsten Auswirkungen dieser verunglückten Spekulationen erst im Mai zutage treten werden, weil dann nämlich erst der größte Teil der Termingeschäfte in Devisen zu erfüllen ist. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Bank von Frankreich über die Mittel und nötigenfalls über die nötige amerikanische Unterstützung verfügt, um ihre Stützungsaktion bis zu diesem Zeitpunkt weiterzuführen.

Für die deutsche Volkswirtschaft sind die Manipulationen der Devisenspieler insofern von Nachteil, als die Deckung der Verluste in Devisen erfolgen muß, die natürlich auf irgendeine Weise dem Inlandsmarkt entzogen werden. Diese Devisen werden dem legalen Einfuhrhandel entzogen. Dadurch wird die ohnehin schon bedenkliche Lage des deutschen Devisenmarktes noch mehr verschärft. Die Einschränkung der Rohstoffeinfuhr bedeutet Verminderung der Arbeitsgelegenheit und Erschwerung des Konjunkturaufstiegs. Beiden Endes hat also der deutsche Arbeitsmarkt den Schaden dieser neuesten Devisenspieler zu tragen.

Die Aufwärtsbewegung des Franks ist seit Montag zum Stillstand gekommen. An der Dienstagbörsen haben die ausländischen Devisen zum erstenmal seit Einleitung der Stützungsaktion stark angezogen. Das Pfund ist von 77,50 auf 79,87, der Dollar, der am Montag unter 18 heruntergegangen war, auf 18,59 gestiegen. Diesmal aber mußte die französische Presse zugeben, daß die Gegenoffensive nicht in Deutschland ihren Ursprung hat.

## Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.	
Gerstengraupen, lose ..	16,00—17,25
Gerstengraupen, lose ..	16,00—17,00
Halterfladen, lose ..	18,75—16,00
Halterfladen, lose ..	16,00—16,50
Roggenmehl 01 ..	12,75—14,60
Weizenmehl ..	18,00—18,50
Hartweizen ..	22,00—22,25
7/8 Weizenmehl ..	14,50—16,00
Weizen-Auszugmehl ..	17,00—21,00
Speiseerbsen, Victoria ..	19,00—22,75
Speiseerbsen, kleine ..	14,00—17,00
Bohnen, weiße, I.ert ..	20,25—24,00
Langbohnen, handverles ..	30,00—32,50
Linsen, kleine ..	26,00—35,00
Linsen, mittel ..	36,50—42,00
Linsen, große ..	43,00—49,50
Kartoffelmehl ..	16,00—18,00
Makkaroni ..	40,00—45,00
Makkaronimehl ..	37,00—39,50
Schnittnudeln, lose ..	21,00—25,00
Bruchreis ..	18,25—17,50
Ranzon Reis ..	17,00—19,50
Tafelreis, glasirt, Patna ..	27,00—31,00
Tafelreis, Java ..	31,00—36,00
Rinzkaffee, amerik. ..	105,00—110,00
Ger. Pflaumen 90/100 ..	45,00—48,00
Pflaumen, entsteint ..	55,00—60,00
Cal. Pflaumen 40/50 ..	60,00—65,00
Rosinen in Kisten, Candia ..	75,00—95,00
Sultaninen Caraburu ..	85,00—95,00
Korinthen, choice ..	80,00—85,00
Mandeln, süße Bari ..	145,00—160,00
Mandeln, bittere Bari ..	135,00—150,00
Zimt (Cassia) ..	110,00—120,00
Kümmel, holländischer ..	100,00—110,00
Schwarzer Pfeffer sinesigap. ..	180,00—215,00
Weißer Pfeffer ..	135,00—145,00
Rohkaffee Brasil ..	180,00—215,00
Rohkaffee Zentralamerika ..	240,00—300,00
Rohkaffee Brasil ..	240,00—280,00
Röstkaffee Zentralam. ..	320,00—400,00
Malzkaffee, gepackt ..	23,00—25,00
Röstgetreide, lose ..	46,00—48,00
Kakao, festarr ..	100,00—125,00
Kakao, leicht entölt ..	130,00—155,00
Tea, Souchon, gepackt ..	350,00—420,00
Tea, indischer, gepackt ..	425,00—500,00
Inlandszucker basis met. ..	40,00—42,00
Inlandszucker Raffinade ..	42,50—44,50
Zucker Würfel ..	46,00—48,00
Kunsthonig ..	36,00—40,00
Zuckersirup hell in Elm. ..	49,00 —
Speisesirup dunk in Elm. ..	33,00—35,00
Marmelade Eintr. Erdb. ..	108,00—130,00
Marmelade Vierfrucht ..	40,00—55,00
Pflaumenmus in Eimern ..	45,00—48,00
Steinsalz, lose ..	3,20—3,50
Siedesalz lose ..	4,00—4,60
Bratenschmalz in Kisten ..	65,00 —
Bratenschmalz in Kübeln ..	60,00—69,00
Purelard in Tierces ..	67,00 —
Purelard in Kisten ..	67,00—68,50
Speisetalg in Packung ..	46,00—50,00
Speisetalg in Kübeln ..	46,00—48,00
Margarine, Handelsm. I ..	56,00 —
desgl. II ..	48,00—52,00
Margarine, Spezialm. I ..	76,00 —
desgl. II ..	60,00—65,00
Molkerbutter, F. Fässern ..	190,00 —
Molkerbutter in Pack. ..	195,00 —
Landbutter in Fässern ..	160,00 —
Landbutter in Packungen ..	165,00 —
Auslandbutter ..	190,00—195,00
Corned beef 12 1/2 lbs p. K. ..	35,00—36,00
Speck, gesalzen, fett ..	62,00—67,00
Quarkkäse ..	35,00—45,00
Quarkkäse ..	35,00—50,00
Tilsiter Käse, vollfett ..	115,00—125,00
Aust. ungezuck. Condens. milch 48/16 ..	22,50—25,00
Inländische desgl. 48/12 ..	15,50—19,50
Inl. ge. Condensm. 48/14 ..	28,50—29,50

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

sondern von Paris ausgegangen ist. Es ist in der Tat kein Geheimnis, daß die Industrie, die ihre Rohstoffe im Durchschnitt bei einem Pfundstand von 90 bis 100 eingedeckt hat, durch die Hausse des Franks in eine außerordentlich schwierige Lage geraten ist und seit Tagen alle Hebel in Bewegung setzt, um der für die Produktion verhängnisvollen Bewegung des Franks Einhalt zu tun.

## Ein günstiger Reichskassenausweis.

In der Zeit vom 11. bis 20. März konnten die Reichsfinanzen einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben verzeichnen. Den Einnahmen an die Reichskasse in Höhe von 197,56 Millionen Goldmark standen Auszahlungen im Betrage von 134,25 Millionen Goldmark gegenüber. Der Ueberschuß beträgt 63,3 Millionen; um den gleichen Betrag vermindert sich das bisherige Defizit von 779,4 auf 716,1 Millionen Goldmark.

Die Erhöhung der Einnahmen erklärt sich durch größere Steuerzahlungen, die, zum Teil einmalige Erhebungen, vielfach schon im Februar fällig waren, und durch verminderte Zahlungen an die Länder (35 gegen 65 Goldmillionen). Die Ausgaben gingen auf 143,2 Goldmillionen gegen 161,9 Goldmillionen in der Zeit vom 1. auf den 10. März zurück.

Das Ergebnis der letzten Dekade wäre noch viel besser gewesen, wenn das Reich nicht durch die ungünstige Lage des Geldmarktes gezwungen worden wäre, erhebliche Beträge seiner Schulden zurückzahlen. Nicht weniger als 12 Millionen Goldmark mußten zur Einlösung von Rentenmarktschuldscheinen und ein noch bedeutend größerer Betrag, nämlich 43,6 Millionen zum Rückkauf von Goldschuldscheinen ausgegeben werden!

Bereits wiederholt zuletzt in unserer Sonntagsausgabe, wurde an dieser Stelle auf die Gefahren und Mißstände hingewiesen, die sich ergeben, wenn das Reich zu einer Zeit, wo es sparsam haushalten muß und ein lautes Defizit hat, zur Tilgung von Schulden gezwungen wird. Die Notwendigkeit einer vernünftigen Unleihepolitik wurde ebenfalls dargelegt. Bisher ist jedoch noch nicht bekannt geworden, ob und in welcher Weise das Reich sich auf diese Situation einstellen will.

## Der Prager Genossenschaftstag.

Die Genossenschaftskonferenz in Prag, über deren Zusammentreten wir bereits berichtet, nahm nach einem Bericht des belgischen Genossenschaftlers Seroy, der vom Internationalen Genossenschaftsbund nach Georgien entsendet worden war, folgende Resolution an:

„Der Vorstand des Internationalen Genossenschaftsbundes macht auf seine früheren Beschlüsse aufmerksam, daß das Genossenschaftswesen im Interesse seiner Entwicklung frei und souverän sein muß. Er fordert den Vorstand des Zentralkomitees in Russland auf, diesen Beschlüssen gemäß zu handeln und zur Wiederaufrichtung eines freien Genossenschaftswesens in Georgien beizutragen.“

Diese Resolution wurde mit 20 gegen 7 Stimmen angenommen. Hierauf beschäftigte sich der Genossenschaftstag mit den vorbereitenden Arbeiten des Internationalen Genossenschaftstages in Gent, der im September dieses Jahres stattfinden wird.

Am Montag fand eine Sitzung des Internationalen Genossenschaftlichen Bankauschusses statt. Die Errichtung einer Internationalen Genossenschaftsbank ist vorläufig noch nicht möglich. Ueber die Errichtung von Genossenschaftsbanken in den einzelnen Ländern referierte ein französischer und ein tschechischer Genossenschaftler. Dr. Renner-Wien setzte sich dafür ein, daß die Genossenschaftsbank unter Mithilfe der Gemeindefürsorge errichtet werde. Dagegen sprach sich jedoch der französische Delegierte Boysson aus. Die angenommenen Richtlinien besagen, daß die Ersparnisse der Genossenschaften zur Weiterentwicklung der Genossenschaftsbewegung konzentriert werden müssen und diese Konzentration in einer eigenen Organisation durchgeführt werden soll.

Starke Zunahme des Zigarettenverbrauchs in Deutschland. Im letzten Jahre wurden in Deutschland nach einer Meldung des Lokalhandelsblattes „Zigaretten- und Zigarettenspezialist“ rund 26 Milliarden Zigaretten veräußert, das bedeutet gegenüber dem Jahre 1913, dem letzten vollen Vorkriegsjahre, wo in Deutschland nur 12 Milliarden Zigaretten verkauft wurden, mehr als eine Verdoppelung des Zigarettenverbrauchs.

## Mißfarbene Zähne

entstelt, d. schädliche Wirkung. Voll Rundgeruch wirkt abtötend. Selbe Arbeit. L. vollkommen unschädlich. Weiße beiliegend d. d. dem Zahnpolier Chlorodont.

Verlangen Sie stets  
**Spratt's**  
Hundekuchen  
Geflügelfutter  
-Niederlagen durch Schilder kenntlich-  
sonst durch  
**Spratt's A-G, BERLIN-RUMPELSBURG A 2**

**Tilsiter Halbfettkäse**  
in guter Qualität für 70 Pf. pro Pfd.  
ab Starke in Rollen, ca. 1 Pfd. netto  
und Softrollen gibt ab  
**Molkerei Rositten**  
Reels Pr.-Glas. 1195.4  
Friedensburg gegen Rücknahme.  
**Haushaltseifen-Fabrik**  
Sodafreie harte Ware!  
Johannes Dietz, Klosterstraße 44.

Vom eine  
Inhalt bis  
abganzlich. Güte  
Passende  
für alle  
Größen

**Qualitätswaren — Spottpreise**

**8 Preisbeispiele!**

1. Gestr. Covercoatm. Äntel n. Prisen 19.50
2. Fesche Sommerm. Äntel, g. Ausw. bi 27.50
3. Kostüm am Sonntag u. w. Stoffen 29. —
4. Impr. Damenco Vereoa. Äntel . 28.50
5. Damen- u. Herren-Gummim. Äntel, best. Gumm. 46. —
6. Strong moderne Tuchm. Äntel . 49.50
7. Prachiv. Gabardine-Kostüm 75. 69. —
8. Rips-Kostüm auf reiner Seide 99. —

Uebergangsm. Äntel, Kleider, Röcke sind in g. Güte. Auswahl zu Spottpreisen am Lager

**Nur bis Sonnabend!**

Hochleg. Plüschm. Äntel, versch. Farben 99. —  
Flotte Pelzjacken, prima Felle . 125. —  
Pelzm. Äntel, beste Kürschnerarbeit 455. —

Sealplüschm. Äntel bis 64 er Größe 152. —  
Astrachan- und Krimmerm. Äntel . 89. —  
Elegante Moll. Äntel, schwarz . 79. —


**Extra-Abteilung Trauermagazin**  
Größte Auswahl in Trauerkostümen, Mänteln, Kleidern, Jumpern, Blusen, Röcken, Hüten und Schleiern in sämtlichen Preislagen.

**Westmann**  
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

**REEMTSMA CIGARETTEN**  
REEMTSMA A-G, ALTONA-BAHRENFELD

**SWANEBLOEM**

Die Verwendung unaufdringlicher milder Bergtabake der besten Distrikte Macedoniens geben die Basis, auf der sich das zartsüße Aroma ausgesuchter Cavalla-Tabake ungestört entwickeln kann; die Sorte besitzt daher den ausgesprochenen Charakter einer festlichen Diner-Cigarette.

8  REEMTSMA SWANEBLOEM







Das Gesicht der Völkischen.

Die Partei der Mordhege.

Am 4. Mai soll das deutsche Volk mit dem Wahlscheitel über seine nächste Zukunft entscheiden. Es muß Rückschau halten, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, sich weit zurückliegende Vorkommnisse ins Gedächtnis zurückrufen. Eines dieser Ereignisse ist der Mord an Rathenau. In der Begründung des Urteils gegen die Mordtäter, das von dem Senatspräsidenten Schmidt am 14. Oktober 1922 verkündet wurde, heißt es über diese Mordtat:

„Eines der schändlichsten Verbrechen, das die Geschichte kennt, ist Gegenstand der Verhandlung gewesen. Durch feigen Mord ist eines der wertvollsten Menschenleben ausgelöscht worden, ein Leben, das gerade zur fehligen Zeit unserem gequälten armen Vaterland von großem Nutzen gewesen wäre. Der Tod Rathenaus wird zum Teil Schuld daran tragen, wenn im kommenden Winter Hunderte und Tausende durch Tod zugrunde gehen, wenn sie hungern, erstarben. Rathenau wäre der Mann gewesen, durch geeignete Verträge dieser Not entgegenzutreten. Feige Mordhelmsbeder haben nach allen Regeln der Mordkunst es verstanden, ihn aus dem Wege zu räumen. Sie haben weiter gehofft, sich durch Flucht nach wohlüberlegten Plänen der Verfolgung zu entziehen, wie es die Mörder Erzbergers getan haben. Nur der ungeheuren Empörung über die Tat ist es zu danken, daß nach langer Verfolgung die Mörder gestellt wurden. Sie haben sich ihrer Aburteilung und der wohlverdienten Strafe durch Selbstmord entzogen. Dadurch ist die Tat der Hauptschuldigen gesühnt. Hier bleibt nur die traurige Nachlese, die Bestrafung der jugendlichen Gehilfen und Werkzeuge. Obwohl man mit ihnen ein gewisses Mitleid sich nicht versagen kann, mußte sie, soweit sie für schuldig befunden wurden, doch schwere Strafe treffen. Hinter den Mördern und Mordgehilfen hebt der fanatische Antisemitismus verantwortungslos sein verzerrtes Antlitz empor, der Antisemitismus, für den die Schmähchrift „Die dreihundert Weisen von Zion“ ein Beispiel ist, eine Schrift, die die Juden schmäht und Mordanklänge in die untreifen Köpfe pflanzt. Möge der durch die Verhandlung geklärte Sachverhalt sowie die schrecklichen Folgen des Verbrechens jedes noch so sehr versteinerte Herz bewegen, möge der Brief der ehrwürdigen Mutter Rathenaus dazu dienen, die verpeckete Luft und die schwüle Atmosphäre zu reinigen und das in ihnen versinkende und schwerkränkte Deutschland der Genesung entgegenzuführen.“

Und welcher Partei gehörten die Mörder bzw. ihre Gehilfen an? Sie waren Mitglieder der deutschvölkischen Organisationen bzw. des Deutschen nationalen Jugendverbandes, also Angehörige von Parteien, die sich heute nicht schämen, als Volksbeglucker aufzutreten, nachdem sie zunächst das Volk in den Weltkrieg führten und dann jene Männer zu Tode heizten, die das deutsche Volk vielleicht aus dem Elend hätten führen können. Deutschvölkische und Deutsche nationale wählen heißt also, nicht nur für neuen Krieg stimmen, sondern auch den Meuchelmord an einem der befähigsten Volksgenossen als gerecht anerkennen, sich auf die niedrigste Kulturstufe stellen und den Mord an allen Andersdenkenden für die Zukunft als Regel festzulegen.

Politische Verwilderung.

Völkische und Kommunisten haben durch ihr Treiben in den ersten Tagen des Wahlkampfes die Absicht enthüllt, den Wahlkampf im Zeichen des Versammlungsterrorors zu führen. Die Diktatur, die sie dem deutschen Volke aufzwingen wollen, üben sie praktisch bereits in Versammlungen. Ihr Ziel ist nicht Aufklärung, Ueberzeugung, geistiger Kampf um die Willensrichtung des Volkes, sondern die Herrschaft des Gummknüttels über eine stumpfe, willenlose, politisch verdummte Masse. Dem entsprechen ihre Kampfmethoden.

Am vergangenen Dienstag sprengten Deutschvölkische ohne Katholikenversammlung in Elberfeld mit Torpedopfeifen, Riespulver und Schwefelwasserstoffbomben. Die „Königliche Volkzeitung“ berichtet darüber:

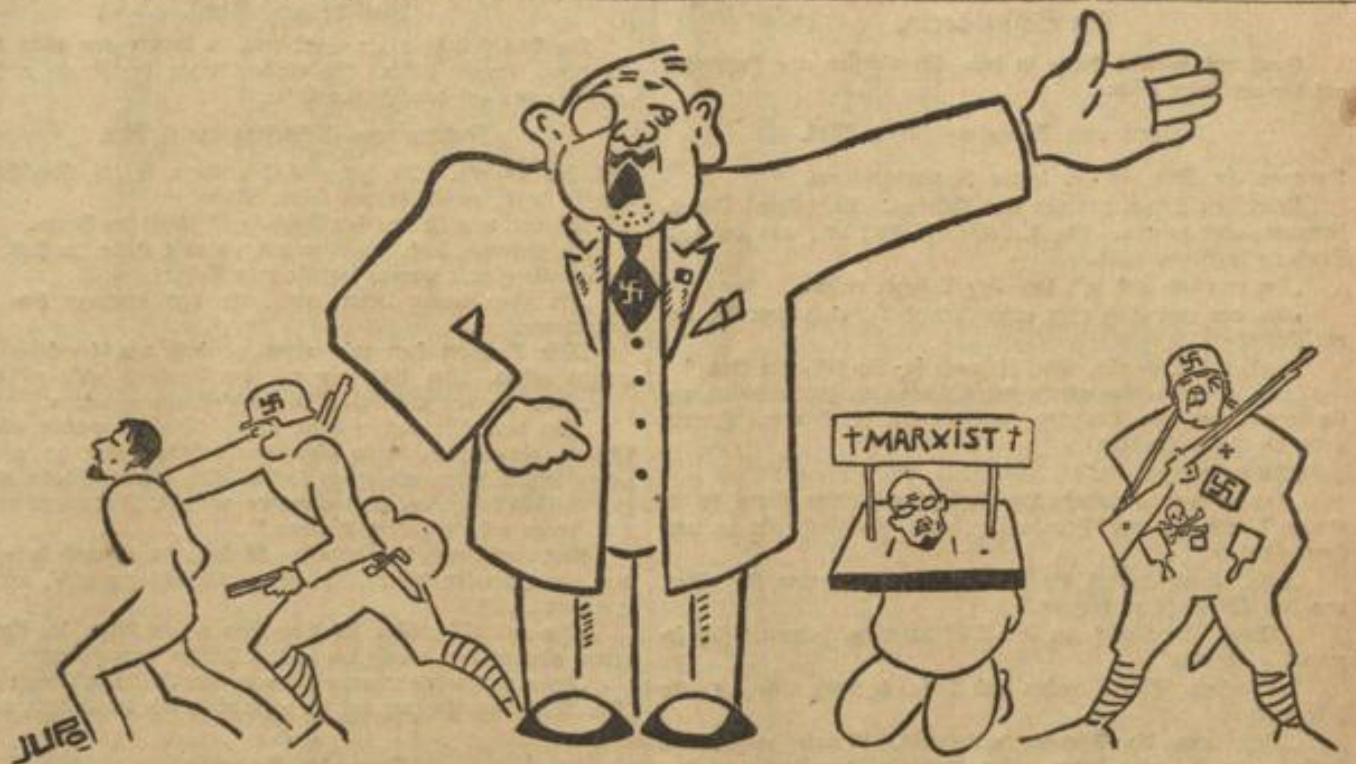
„Gerade in dem Augenblick, wo Dechant Neumann das Volk betritt, wälzt sich eine Wolke von Riespulver über die Bühne. Alles niest, prustet, schneuzt sich. Die Augen tränen, und es wird jedem klar, daß man mit Zwischenspielen zu rechnen hat. Als Dechant Neumann als Zred der Versammlung bezeichnet, gegen die unerhörten Verdächtigungen und Beleidigungen, die General Ludendorff ausgesprochen, Stellung zu nehmen, zeigte geradezu ehrenbetäubender Earm ein Pfuirufe, Trillerpfeife, Rufe, wie „Gemeinheit“ usw. Man sieht, wie an mehreren Stellen des Saales sich jugendliche Personen mit blauen Mügen auf dem Kopfe auf Stühle und Tische schwingen, die Mügen abreißen und Heiße auf Hitler und Ludendorff ausbringen. Alle Bemühungen sind nutzlos, den siedenden Hengstestoff abzutreiben. ... Das Wuppertaler Zentrumsblatt teilt mit, daß schon einige Tage vor der Versammlung Mitglieder der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“, des „Stahlhelms“ und auch des „Jungdeutschen Ordens“ mobilisiert waren, um die Kundgebung durch überreichenden Schwefelwasserstoff, Riespulver, Lärmen usw. zu stören.“

So die Kampfmethode der Deutschvölkischen. Und nun ihre Freunde von der anderen Gaulteur.

Am Sonntag sprengten in Berlin Kommunisten eine völkische Versammlung. Darüber beschwert sich das Bureau der Deutschsozialen Partei im „Lotusanzeiger“:

„Die Deutschsoziale Partei hatte eine Wahlversammlung in der Schulaula in der Grünhalden Straße einberufen. Der Saal war fast gefüllt. Gegen 8 Uhr drang ein Trupp jüngerer Kommunisten, ohne Eintrittsgeld zu zahlen, in den Saal ein. Es begann sofort ein hartes Gerede. Der Deutschsoziale Redner v. Honnelt konnte sich jedoch Ruhe verschaffen. Er sprach ungefähr drei Viertel Stunden lang. Der ihm gespendete Beifall schenkte die Kommunisten zu reizen. Einige drangen auf die Bühne und brachen in Rufe wie: „Schwindel!“ „Man will Euch betrügen!“ aus. Es entstand ein allgemeiner Tumult, bis der Leiter die Versammlung schloß. Die Kommunisten bildeten vor der Aula Spalier, so daß der Vorstand und der Versammlungsleiter erst zuletzt den Saal verlassen konnten. Die Deutschsozialen hatten sich verabredet, in einem Lokal in der Nähe Schutz zu suchen. Die Verabredung mußte von den Kommunisten gebrochen werden. Als sich die Teilnehmer auf dem Weg befanden, wurden sie plötzlich aus einem Hausflur von 8 Kommunisten überfallen. Sie wurden mit Knütteln und Stöcken bearbeitet.“

Beide Vorfälle kennzeichnen die politische Verwilderung, die bei den Völkischen und bei den Kommunisten eingegriffen ist. Parteien, die mit solchen Mitteln kämpfen, können keine hohen Ziele



Deutschvölkische Freiheitspartei: Freiheit, die sie meinen...

verfolgen. Die Niedrigkeit der Gesinnung, die aus solcher Kampfmethode spricht, läßt ahnen, was uns bevorsteht, wenn die Helben vom Knüttel und vom Schwefelwasserstoff ihre Diktatur aufrichten würden.

Die Sozialdemokratie hat in ihrem Aufstieg bereits einmal den Kampf mit den Knüttelgardien des Radikal-Antisemitismus bestanden. Sie wird auch diesmal mit den Radikargarden von links und rechts fertig werden. Es liegt am Selbstgefühl jedes Genossen, alle Terrorisierungsversuche unreifer Burken und verwilderten Gesichtes abzuweisen.

Kampf den Völkischen!

Die Deutschvölkischen sind die Todseinde von Demokratie und Freiheit. Sie wollen die Arbeiter unter die Diktatur von Hakenkreuzjünglingen stellen.

Die Deutschvölkischen werden mit Unternehmergeld bezahlt, um die Arbeiterbewegung zu bekämpfen.

Die Deutschvölkischen sind die Partei der Mordhege. Deutschvölkische waren es, die die niedrigsten Verbrechen der letzten Jahre verübten:

- Mord an Erzberger
Mord an Gareis
Mordanschlag auf Scheidemann
Mord an Rathenau
Mordanschlag auf Seekt
Schlächtereie von Parchim

Denkt an diese Verbrechen! Denkt an den Hitler-Prozess! Denkt an die Zerstörung der „Münchener Post“! Denkt an die Mordpläne der Hitler-Leute gegen friedliche Bürger!

Von wahrer Freiheit.

Freies Volk oder knechteliche Untertanen?

Die Deutschenationalen und die Deutschvölkischen, die Patentnationalen, führen in diesem Wahlkampf das Wort „Freiheit“ im Munde. Sie beschimpfen die demokratischen Parteien, die außenpolitisch und innenpolitisch an der Verwirklichung der Freiheit des deutschen Volkes arbeiten, als Parteien der Knechtelicheit. — Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Die nationale Selbstbestimmung, die durch das deutsche Volk geht, und die innerpolitisch in der starken Rechtsbewegung weiter Kreise zum Ausdruck kommt, ist begrifflicherweise ein Grauel vor den Herren Demokraten, Pazifisten und Frankophilen. Deshalb wehren sie sich dagegen, indem sie das deutsche Volk warnen, durch eine andere als die bewährte Gesinnung der Unterwürigkeit sich das Wohlwollen Frankreichs zu verscheryen, das in den ganzen letzten Jahren in so überaus erfreulicher Weise uns gegenüber Latsache geworden ist.“

Die bewährte Gesinnung der Unterwürigkeit des deutschen Volkes wieder zu züchten, ist das Ziel, das den Rechtsparteien vorbehalten ist. Untertanengeist und Knechtelicheit soll die Verfassung charakterisieren, die sie dem deutschen Volke geben möchten. Um die Deutschen wieder innerlich unfrei zu machen, um sie unter das Joch einer unfähigen Monarchie, einer unwillkenden Junkerkaste zu beugen, benutzen sie die schwere Vage Deutschlands nach der Niederlage zu verlogener Agitation.

Auf die Befreiung von 1813 folgte die Knechtung des deutschen Volkes durch die Karlsbader Beschlüsse von 1819, auf das Joch Napoleons das Joch der borniertesten deutschen Reaktion! Soviel ist von der „Befreiung“ durch die Reaktion zu halten. Und wer wollte leugnen, daß es das Werk der deutschen Reaktion war, der Rückständigkeit der politischen Entwicklung Deutschlands, des Mangels an wahrer innerer Freiheit, daß wir jetzt nach außen hin unfrei sind?

Die wahre Freiheit ist Freiheit nach außen und Freiheit im Innern zugleich! Ist der nicht erbärmlich, der über äußere Unfreiheit klagt und doch selbst das eigene Volk knechten möchte?

Treibholz.

Als „floating timber“, als Treibholz, wird in der politischen Terminologie der Vereinigten Staaten von Amerika jene große Wählermasse bezeichnet, die stets hin- und hergeschwankt, die den größten Einflüssen am leichtesten unterliegt. Bei den Engländern wird diese bunte, unselbständige und zugleich auch unbersenbare Masse „the wobblers“ genannt, die Wackelnden, und wir nennen sie die Partei der Schwankenden. Nach allem, was bisher in den verschiedenen Ländern mit parlamentarischen Einrichtungen beobachtet worden ist, dürfte es eine Täuschung sein, wenn angenommen wird, daß die Zahl der Launen und Unentschiedenen, derer, die in ihren politischen Ansichten hin- und herpendeln, große Schwankungen

aufweist. Verschieden ist nur bei einzelnen Wahlen die Verteilung dieser unsicheren Rantonisten auf die Parteien. In politisch ruhigen Zeiten verteilen sie sich mit größerer Gleichmäßigkeit auf alle Parteien und the floating timber erscheint dadurch weniger groß, in politisch oder sonstwie erregten Zeiten dagegen wird die Partei der Schwankenden leicht geneigt sein, extremen Parteien zuzustößen oder wenigstens die politische Haltung zu ändern. So erscheint die Zahl der wobblers größer.

Weil die Latsache besteht, daß Hunderttausende, ja Millionen in ihrem politischen Urteil schwankend sind, ist der Ausgang von allgemeinen Wahlen, namentlich in großen Ländern, nie mit einiger Sicherheit zu berechnen. Selbst die klügsten politischen Strategen Agitatoren, die während des ganzen Wahlkampfes in der vordersten Linie standen, und von denen angenommen werden konnte, daß sie die Wählermasse genau kennengelernt haben, mußten nachher bekennen, daß sie das schließlich zustandekomene Wahlergebnis nicht erwartet haben und zwar nicht nur im günstigsten, sondern auch im ungünstigen Sinne. Nicht einmal, sondern schon sehr oft habe die Schwankenden und Unsicheren bei Wahlen den Sieg auf die oder jener Seite niederzinken lassen.

Jener und mehr bemühen sich deshalb die Parteien, namentlich in Nordamerika und England, das „Treibholz“ für sich zu gewinnen die Wackelnden für ihre Partei standhaft zu machen. Das geschieht hauptsächlich durch Hausagitation. Man hat gefunden, daß die Wackelnden am wenigsten durch lange Flugblätter, durch große Agitationsreden und Broschüren zu gewinnen sind, sondern viel mehr durch die Agitation von Mund zu Mund, durch persönliches Einwirken eines gefestigten Mannes oder einer anständigen Frau, durch Aufklärung im Hause, in der Werkstatt, in Fabrik und Kontor. De Beispiel wirkt bei den Schwankenden viel mehr als die Lehre, de Einfluß eines Freundes, Bekannten oder Berufsgenossen hat eine bessere Erfolg als das Wort des beredtesten Agitators. Trinitill wie der Schwankende in seinem politischen Verhalten und in seiner politischen Urteil ist, können auch die Mittel sein, um ihn zu festigen um sein politisches Urteil zu lenken.

The floating timber, die politische Schwankenden, zu uns hin überzugehen, ist deshalb eine Aufgabe, die während der nächsten Wochen als eine der wichtigsten erscheint. Ueberall, im Hause, in der Werkstatt, auf Arbeitsplätzen, in den Fabriken, in Läden und Kneipen, in den Kontoren, auf dem Tanzplatz ebenso wie bei Ausflügen, kurz überall, wo sich ein Gelegenheit bietet, muß jeder Genosse an die Schwankenden heranzutreten suchen. Auch Genossen die rednerisch nicht begabt sind, ja gerade die am meisten, ebenso die Hausfrauen, können hier, so klein und unscheinbar es aussieht, Große vollbringen. Wenn nach dieser Richtung hin jeder seine Schuldigkeit tut, wenn jeder in seinem Bekanntenkreis das Augenmerk an die Schwankenden richtet, durch Beispiel und durch Aufklärungsarbeit sein Bestes einsetzt, dann wird die Hoffnung der Heißerich um Bestorp auf Zustandekommen eines reaktionären und republikfeindlichen Reichstages zusehender werden.

Demokratie ohne Konsequenz.

Wie bekämpft man am besten die Sozialdemokratie?

Die „Hilfe“, das demokratische Organ von Anton Erkenz und Gertrud Bäumer, beschäftigt sich mit der Zukunft der Sozialdemokratie, die sie auf ihre Art bekämpft. Auch sie führt den „Kampf gegen den Marxismus“, aber sie will ihn mit anderen Mitteln zum Siege führen als die soziale Reaktion:

„In einem wahrhaft freibellisch regierten Staate, in dem soziale Gerechtigkeit herrscht, könnte der sozialistische Sozialismus ein neuer tödliche Schlag vererbt werden. Die Einigkeit in der Sozialdemokratie besonders vor dem Kriege, war eine Folge der reaktionäre Uebermacht in Deutschland. Nur eine von wahrhafter Demokratie, von großzügigem Liberalismus und von ehrlichem sozialen Rechtsgefühl geleitete Staatsgewalt kann den Giftstoff, der in der Klassenmäßigen Absonderung der Arbeiter liegt, neutralisieren, auslöschen.“

Es ist entschieden ein origineller Gedanke, die Sozialdemokratie zu bekämpfen durch Verwirklichung ihrer Ziele! Diese Gedanke konnte nur erwachsen auf der Grundlage der völligen Bekennung der sozialistischen Ziele. Der Sozialismus will nicht die Klassenmäßige Absonderung der Arbeiter, sondern die Aufhebung der Klassenherrschaft durch die Beseitigung des Giftstoffes der Ausbeutung. Der Weg dazu führt durch wahrhafte Demokratie und soziale Gerechtigkeit, denn der Sozialismus ist die Konsequenz der Demokratie. Indem die Demokraten wahre Demokratie und soziale Gerechtigkeit ertämpfen wollen, um die Sozialdemokratie zu vernichten, handeln sie wie Leute, die die Gerechtigkeit bekämpfen wollen, um sie zu verwirklichen, die die Freiheit verwirklichen wollen um sie zu bekämpfen. Mögen sie nur ernst für Demokratie und soziale Gerechtigkeit eintreten! Je mehr sie verwirklicht werden, um so mehr wird auch die Idee des Sozialismus mit zwingender Gewalt in die Köpfe eindringen



